ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 96 | März 01

Innenminister?

Nazi

Autohändler



Veranstaltung des Club 5

Der Club geht weiter. Diesmal mit dem Hörspiel „Schreibt auf. Unsere Haut. – Projekt RAF"
[Hörspiel von Paul Plamper und Alban Rehnitz, eine Produktion des Hessischen Rundfunks 1999]
In der Isolationshaft entwickelten die RAF-Gefangenen ein System, mit dem sie zwischen den Hochsicherheitstrakten Stuttgart-Stammheim und Köln-Ossendorf kommunizierten. Das Hörspiel ist eine Collage aus Teilen dieser Korrespondenz.

Zu hören am Freitag, 2. März 2001
Vorführung: 20.30 Uhr im B-Movie
Vorführung: 22.00 Uhr gleicher Ort

Toller Videoabend zur „Feier des internationalen Frauen-Lesben-Tags"

Zur Feier des internationalen Frauen-Lesben-Tags am 8. März findet in der VoKü der Roten Flora e in toller Videoabend mit tollem veganen Kuchen, tollen Frauen-Lesben Videos, tollen Blumen, tollen Kerzen und tollen Frauen-Lesben (nämlich Euch) statt.

- Beginn 18 Uhr in der Vokü der Roten Flora
- Nur für Frauen/Lesben/Trans
- Filme: „Fire" (ind. Spielfilm) und „Desert Hearts"
- plus Kinderbetreuung

Veranstaltungsreihe des Blue Note

6.3. „Anti"-Deutsche im Gleichschritt mit dem geläuterten dt. Nationalismus
20.3. Rassismus als Heimsuchung einer sozial befriedeten Gesellschaft
3.4. Bodo v. Greiff: Gesellschaftsform und Erkenntnisform
18.4. Einblick in die faszinierende Welt der Antifa
22.5. Sozialisation in der DDR
Termin offen: (Lesung) Majakowski: Selbstmord am 14. April 1930

Die Veranstaltungen finden alle in der „Planwirtschaft" (Klausstr. 10) um jeweils 20 Uhr statt.

Inhalt

Soliveranstaltung für die Rote Flora mit Trampermann

Als Solibeitrag für die sicher auch finanziell aufwendige Auseinandersetzung um die Rote Flora wird das eingespielte Satire- und Politduo Thomas Ebermann und Rainer Trampert am **7. März** Auszüge aus seinem aktuellen Programm „Verpasst Deutschland den Anschluß" in der Buchhandlung im Schanzenviertel vortragen. Beginn: 20 Uhr, Eintritt DM 12,- ermäßigt DM 8,-

Impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Antisemitismus-Kongreß der Antifa

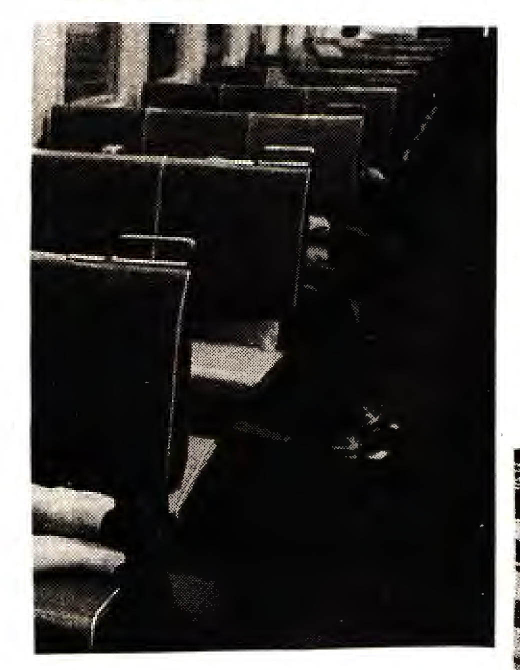
Duisburg vom 7.-8. April

Am 7. und 8. April veranstaltet die Antifa Duisburg einen Antisemitismuskongreß. Genauere Infos (ausführliches Programm, Ubernachtungsmöglichkeiten etc.) erhaltet ihr vom Info-Telefon (Di 20-22 Uhr, Mi 19-21 Uhr) unter 0203-7386100 oder schreibt an die Antifa Duisburg, c/o Kultur Verein, Wörthstrasse 175, 47053 Duisburg, e-mail: antifa.duisburg@gmx.de.

Aus dem Programm: Einführungsseminare „Ware-Geld-Wert(Kritik)" (Antifa Duisburg), „Kritische Theorie des Antisemitismus" (Fabian Kettner, Rote Ruhr Uni Bochum), Buchvorstellung und Diskussion „Freiheit und Wahn deutscher Arbeit" (Andrea Woeldike und Holger Schatz, Initiative Sozialistisches Forum), Vortrag und Diskussion „Die Finkelstein Debatte" (Justus Wertmüller, Bahamas Berlin), Kleine Party mit DJ MIK@, Vortrag und Diskussion „Furchtbare Antisemiten, ehrbare Antizionisten" (Joachim Bruhn, ISF Freiburg) sowie abschließend „Weltweite al Aqsa-Intifada und der Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge" (Karl Selent, Konkret Hamburg und Alex Busch, Stattzeitung Terz Düsseldorf).

Neue Öffnungszeiten des Schwarzmarkt

Ab März neue Öffnungszeiten:
Mo, Di, Mi, Frei 15-19 Uhr
Sa 12- 15 Uhr



Geneigte LeserInnenschaft

Reichlich Ärger gab es für die letzte Ausgabe. Wegen der Kritik hinsichtlich Kommentierung und Lay-Out des Artikels „wegen der männlichen Ehrverletzung" haben wir eine Stellungnahme im hinteren Teil dieser Ausgabe abgedruckt. Deswegen wird das im Vorwort auch nicht abgehandelt.

Weiterhin erreichte uns ein Brief der Gruppe Rage, die sich über folgendes beschwerte:

„(..) Unser Papier sollte ein Versuch sein, unsere Position zu einem Zeitpunkt an dem die Diskussion öffentlich geworden ist noch einmal ausführlich darzustellen und erneut solidarisch in die Diskussion einzugreifen.

Dies setzte für uns voraus, dass wir einer offiziellen Stellungnahme der Roten Flora nicht vorgreifen und unsere Position erst dann öffentlich machen, wenn sich auch die Flora öffentlich geäußert hat.

Durch ein Begleitschreiben an die Redaktion haben wir dieses unserer Meinung deutlich gemacht. (..)

Wir sind über euer Vorgehen reichlich verärgert und können euren lässigen Umgang mit dem Vertrauen, das wir euch in dieser Sache entgegengebracht haben, nicht nachvollziehen.

Wir möchten euch deshalb bitten, uns zu erklären, wie ihr zu dieser Entscheidung gekommen seid.

Wir möchten euch außerdem bitten, euch in der nächsten Zeck-Ausgabe entsprechend zu äußern, insbesondere da wir uns mit der Sorge tragen, dass der Text nun nicht mehr inhaltlich diskutiert, sondern an Fragen der Form geredet wird, für die wir an dieser Stelle keine Verantwortung übernehmen möchten (..)."

Das Begleitschreiben haben wir bei der redaktionellen Endfertigung wahrge-nommen. Allerdings fanden wir die Aufforderung, den Beitrag keinesfalls ohne die Flora-Erklärung abzudrucken, nicht so eindeutig. Es ging für uns eher in die Richtung, dass es gut wäre, wenn der Text zusammen mit der Flora-Erklärung veröffentlicht werden würde. Die Flora-Erklärung lag allerdings zur letzten Ausgabe nicht vor, so dass sich für uns die Frage stellte, ob der Beitrag eine Reaktion auf die Erklärung (die es aber noch gar nicht gab) oder als ein eigenständiger Beitrag in der Diskussion aufgefaßt werden sollte. Wir haben uns dabei (was ja auch durch die Veröffent-lichung dokumentiert ist) für letzteres entschieden. Die Möglichkeit, dass dieser die Floraposition vorweg-nehmen könnte war uns zu diesem Zeitpunkt nicht bewußt. Insofern lag also ein Mißverständniss über den Inhalt des Beizettels vor (wirklich!).

Soweit der Beitrag „Die Flora muß rot bleiben" nun nur noch an formellen Kriterien, und nicht mehr an inhaltlichen gemessen wird, trifft uns als Redaktion hierfür die Verant-wortung (und nicht die Gruppe Rage).

Die Erklärung der Roten Flora findet sich in dieser Ausgabe. Genauso wie eine Entgegnung auf den Artikel „Die Flora muß rot bleiben".

Dazu tritt auch die Vorstellung eines offenen politischen Cafés in der Roten Flora auf den Mittelseiten dieser Ausgabe.

Es folgen Artikel zum MEK, sowie Informationen und Hintergründe zum ersten rot-grünen Castortransport nach Gorleben, der voraussichtlich am 27. oder 28. März stattfinden wird.

Daran schließen sich 3 Beiträge an, die auf den Text „wegen der männlichen Ehrverletzung" aus der letzten Ausgabe reagieren.

Zunächst dokumentieren wir hier das Boykottflugblatt, welches unser Lay-Out und Kommentar des Artikels in der letzten Ausgabe angreift.

Dazu soll hier auf die Stellungnahme ausdrücklich hingewiesen werden. Eine Zuschrift erreichte uns, welche sich mit dem inhaltlichen Gehalt des Textes auseinandersetzt, und sich mit Sinn und Zweck solcher Veröffentlichungen beschäftigt.

Schließlich bekamen wir einen Beitrag von Frauen und Männern aus dem KSK als Antwort auf den Text „wegen der männlichen Ehrverletzung", in dem diese ihre Sicht der Dinge schildern. Diesen Text veröffentlichen wir in dieser Ausgabe aus dem Grunde, dass diese Personen durch den letzten Text direkt angesprochen worden sind. Da genug Fragen offen geblieben sind, lag eine Beantwortung von dieser Seite nahe.

die red.



stellungnahme vom ea

Uns haben nach den Antifa-Aktivitäten vom 28. Januar (Nazi-Aufmarsch in Bramfeld) einige Kritiken erreicht. Es hat an diesem Tag von uns, der EA-Gruppe keinen Ermittlungsausschuß gegeben. Einige andere Menschen haben spontan einen EA improvisiert.

Wir sind mit unseren KritikerInnen der Meinung, daß es gut und wichtig ist, daß es bei Aktionen und Demos einen Ermittlungsausschuß gibt, sonst wären wir ja nicht in dieser Gruppe. Wir sind weiterhin auch der Meinung, daß gerade Gegenaktivitäten bei Naziaufmärschen recht beliebtes Ziel polizeilichen Interesses sind und es bei solchen Anlässen ganz besonders wichtig ist, daß es einen EA gibt. An besagtem 28. Januar wurde der Aufmarsch kurzfristig von Samstag auf Sonntag verschoben, und unsere Gruppe hat diese kurzfristige Improvisation nicht hinbekommen. Uns wurde brieflich nahegelegt, *„wenn ihr nicht mehr in der Lage oder willens seid mit dieser Aufgabe vertrauensvoll umzugehen, sei es aus personellem Mangel, Bocklosigkeit oder was auch immer, ist es an Euch hiermit verantwortungsvoll umzugehen und die Konsequenzen zu ziehen.“* Wenn wir zu wenige wären, um den EA zu bilden, wäre die Konsequenz hier jetzt dazu aufzurufen, sich scharenweisen im EA zu organisieren. Wenn wir bocklos wären, wäre die Konsequenz hier jetzt die Auflösung der Gruppe zu verkünden und die Nachfolge in bockvollere Hände zu legen. Leider liegt das Problem aber anders und ist wie immer komplizierter.

Faktisch sieht es in letzter Zeit so aus, daß wir, von wenigen ruhmreichen Ausnahmen abgesehen, vor Demos oder Aktionen nicht angesprochen werden. Das heißt, wir gehen auf die Vorbereitungstreffen, um von uns aus anzubieten, den EA bereit zu stellen. Mit dieser Situation sind wir unzufrieden, und diese Szenarien haben ihre Grenzen. Wenn wir vor geplanten linken Demos oder Aktionen rechtzeitig angesprochen werden, können wir, gerade in diesen bewegungsarmen Zeiten, gewährleisten, daß es an dem jeweiligen Termin einen EA gibt. Wenn irgendwo schlimme Sachen passieren, wie Nazi-Aufmärsche, und sich die kleiner gewordene Szene kurzfristig zu einem oder mehreren Vorbereitungstreffen trifft, um Widerstand zu organisieren, sind wir darauf angewiesen, daß uns die Nachricht von eben solch einem Treffen erreicht. Wir sind davon überfordert und halten es auch nicht für unsere Aufgabe, jedesmal, wenn in der Stadt politische Ärgernisse angekündigt sind, herauszufinden, ob Gegenaktivitäten geplant sind und dann nach potentiellen GegendemonstrantInnen und deren Vorbereitungstreffen zu suchen. Manches kriegen wir auch schlicht und ergreifend nicht mit. Wir sind Montags zwischen 20 und 21 Uhr telefonisch zu erreichen unter 40187920 und haben ein Fach im Schwarzmarkt, kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Wenn die wöchentliche Sprechzeit zu langsam für kurzfristige Mobilisierungen ist, bleibt nur noch der informelle Weg über eventuelle Bekanntschaften Kontakt aufzunehmen...klappt auch meistens.

Also nochmal deutlich: Wir brauchen Eure Anfragen möglichst rechtzeitig, um einen EA gewissenhaft zu organisieren (auch linke AnwältInnen haben mal was vor). Falls es, in absoluten Ausnahmen, wie am 28.1., mal keinen EA von uns gibt, dann liegt das nicht an Bocklosigkeit, auch nicht an bösem Willen, sondern an den Tücken der Kommunikationsgesellschaft. Der Appell an unsere KritikerInne und alle anderen verbliebenen AktivitInnen: Meldet Euch bei uns !!!

Fight the evil
Euer EA



Schanze-online.de

Der gepa Kaffee duftet, der Roibuschtee für die Kleinen brodelt. Buena Vista Social Club macht Musik. Schön so ein Samstag morgen.

Gut, dass Stenzel noch Brötchen hatte. Auf dem Rückweg noch die taz geholt. Ach, die Ökotest liegt auch schon wieder im Briefkasten! Klar, ist auch Monatsanfang. Da dürfte der Gehaltszettel spätestens am Dritten kommen.

„Mamaaa, meine Halskette is´ ab.“ Jans Heiledelsteinchen wird fürsorglich wieder rangemacht. “Eigentlich könnte ich heute mal wieder bei Spinnnrad vorbeischauen“, denkt sich da Mama. Schafft sie wahrscheinlich nicht mehr, sie will noch zum Bioladen und Papa will ihr zeigen, wie dass mit dem Internet geht. Schanze-online! „Sach mal, hast du endlich mal die Liste mit den Therapeuten durchtelefoniert, die ich dir gegeben hab´ ?“, schreit Mama Richtung Arbeitszimmer. „Äääh, ... nee, ... weil ...“. Mama wird den gemeinsamen Beziehungspsychoscheiß wohl doch alleine mit ihrer Therapeutin regeln müssen. So heil ist ‚die Welt dann doch wieder nicht.

Doch erst mal Frühstück. Hübsch.

Dann Einkaufen. Zur Wohnungstür raus, Treppe runter und ... Scheiße: Junk vor der Hütte. Und jetzt? Eklig irgendwie. Mit so einem ähnlichen Löffel wie dem, hat Jan gerade seinen Soja Joghurt geschlürft. Nee, heut wirklich, nich´, echt nich´: So Armut macht mich einfach wütend. Warte, rasend macht mich das, das Arsch, ekliger Arsch. Jetzt hol´ ich nen Eimer Wasser und leer dem das drüber, Arsch. ... Arsch!!! ... ZACK!!!

Nun, was dann passiert ist, liebe LeserInnen? 100,- Mark Stoff wird eben am Arsch gewesen sein. Vielleicht mehr. Ich weiß nicht.

Jaa, von wegen „schanze-online“: Leute, die auf ner echten line oder anderem Zeug sind haben in der Schanze nix zu suchen.

Anmerkung: Inspired nach einer Geschichte einer Viertelanwohnerin, wie sie mal einen User vor dem Hauseingang per Wassereimer vertrieb.

Webmaster schanze-offline



Flora bleibt unverträglich!

Stellungnahme der Roten Flora zum Verhandlungsangebot der Stadt

Flora – was ist das?

Die Rote Flora ist seit 11 Jahren ein selbstverwaltetes politisch-kulturelles Zentrum. Sie ist aus der Bewegung gegen Umstrukturierung Ende der 80er Jahre entstanden, als das Großprojekt „Phantom der Oper" im Schanzenviertel verhindert wurde. Damit stand die Flora für den Versuch, Gegenkonzepte zur kommerziellen Verwertung öffentlichen/kulturellen Raumes praktisch umzusetzen.

Ziel war und ist es, den Einfluss von städtischer Politik und ökonomischen „Sachzwängen" so weit wie möglich zurückzudrängen, damit eigene Konzepte der Nutzung und Bestimmung dieses Raumes entwickelt werden können: In der Flora werden alle wichtigen Entscheidungen von allen NutzerInnen gemeinsam auf einer Vollversammlung im Konsens getroffen – prinzipiell haben alle das gleiche Mitspracherecht, es gibt also keine strukturellen Hierachien. Damit solche Hierachien nicht durch die Hintertür kommen, gab und gibt es in der Flora keine bezahlten Stellen – alle Arbeit im Projekt läuft unendgeltlich. Die Flora erhält keine städtischen/staatlichen Gelder für den laufenden Betrieb oder die nötigen Baumaßnahmen, sondern finanziert sich ausschließlich über Spenden und den Gewinn bei Veranstaltungen wie Partys oder Konzerten. Alles, was an Geld über die Finanzierung des Hauses hinaus übrig bleibt, wird an politische Initiativen gespendet. All das hat jetzt über 11 Jahre so funktioniert.

Das Vertragsangebot

Die Stadt (der Senat) hat im Oktober 2000 über den Altonaer Bezirksamtsleiter Hornauer die Forderung an die Flora erhoben, sich in Verhandlungen zu begeben, und das Projekt mit einem Vertragsabschluß zu legalisieren. Wir haben entschieden, diesen von der Stadt vorgegebenen Verhandlungsweg nicht zu gehen. Unsere Organisationsformen haben sich in der Praxis bewährt und wir haben 11 Jahre lang keine Verträge gebraucht, um unser Projekt am Leben zu halten und es zu legitimieren. Wir brauchen sie auch jetzt nicht. Es mag zunächst nicht für jede und jeden ohne weiteres nachvollziehbar sein, dass wir ein „Angebot" ausschlagen, mit dem vermeintlich die Chancen zum Erhalt der Flora steigen. Für uns hat sich jedoch in den Diskussionen, die der Entscheidung vorausgingen, herauskristallisiert, dass das „Angebot" tatsächlich als Angriff auf unser Projekt zu verstehen ist. Ein Angriff, weil Vertäge einen massiven Eingriff in unsere Organisationsstrukturen und in unsere politische Arbeit bedeuten: Die Flora soll auf diesem Weg befriedet werden. Zugleich handelt es sich um einen Integrationsversuch: Verträge sollen die Flora in den Aufwertungsprozess im Schanzenviertel und die damit verbundene Ausgrenzung und Vertreibung aller, die nicht mehr ins Bild passen, einbinden.

Statt uns darauf einzulassen, haben wir uns entschieden, die Ideen, die das Projekt Flora ausmachen – wie Autonomie, Selbstorganisation und Emanzipation –,

zu verteidigen und klarzustellen, dass die Flora mit Verträgen (zumindest längerfristig) keine Flora mehr ist. Verträge abzulehnen beinhaltet dabei die Möglichkeit, die öffentliche Auseinandersetzungen um das Projekt politisch zu nutzen um Ausgrenzung, Vertreibung, Rassismus anzugreifen. Deshalb ist unser Ziel: Flora bleibt – unverträglich!

Der Hintergrund

1992/93 gab es bereits einmal Verhandlungen zwischen Senat und Flora über einen Nutzungsvertrag, die vom Senat abgebrochen wurden. Seitdem war die Flora über mehrere Jahre innenpolitisch kaum Thema – u.a. wohl auch, weil die Existenz eines autonomen Zentrums, auch als Ort linksradikaler Politik, in dieser Stadt keine ernstzunehmende Bedrohung der öffentlichen Ordnung darstellte. Der für die Stadt ungeklärte Status der Flora wird erst seit etwa zwei Jahren wieder öffentlich-publizistisch als „Problem“ behandelt. Dass jetzt die Flora mit Verhandlungen und Verträgen unter Druck gesetzt werden soll – bzw. von Seiten der CDU rechtspopulistisch Räumung und Abriss gefordert wird –, lässt sich nicht nur auf den bevorstehenden Wahlkampf zurückführen. Vielmehr ist diese Situation das Ergebnis neuerer Entwicklungen und der Auseinandersetzungen im und über das Schanzenviertel – zu „innerer Sicherheit“ und „subjektiven Sicherheitsempfinden“, Drogenpolitik und Vertreibung, Aufwertung des Stadtteils und dessen Umstrukturierung – und der kritischen Rolle, die die Flora darin einnahm.

„Innere Sicherheit“ und Verteibung der Drogenszene“

Seit einigen Jahren wurde „innere Sicherheit“ in den unterschiedlichsten Facetten zum politischen und publizistischen Dauerthema gemacht. Auch Rot-Grün ist auf Länder- und Bundesebene an erster Stelle dabei. Im Schanzenviertel wurde seit 1996 vor allem durch die verschärfte Vertreibungspraxis gegen die offene Drogenszene versucht, das Thema „innere Sicherheit“ zu besetzen und damit auf die lauter werdende Unzufriedenheit von vielen AnwohnerInnen angesichts einer offenen Drogenszene zu reagieren. Im letzten Bürgerschaftswahlkampf 1997 wurde der Stadtteil dann zum symbolischen Terrain stilisiert, auf dem seither die Tragfähigkeit rot-grüner Konzepte der Sicherheits- und Sozialpolitik und die Durchsetzung standortorientierter Stadtteilentwicklung ausgefochten wird. Seit der gleichen Zeit hat sich die Flora wieder mehr in die öffentliche Auseinandersetzung eingemischt. Immer wieder wurde die Vertreibung der Drogenszene, die rassistischen Polizeikontrollen und die verfehlte Drogenpolitik des Senats inhaltlich und praktisch angegriffen. Als Reaktion auf solche politischen Interventionen wurde die Flora dann selbst vermehrt mit den vermeitlichen Problemen des Viertels – Drogen, Dreck und Gesetzesbruch – identifiziert. So erklärt sich die Propaganda der letzten Jahre, die Flora sei Ort autonomer Gewalt und die andauernde Rede vom „rechtsfreien Raum“, die in der Springer-Presse nach den Auseinandersetzungen am 1. Mai ihren vorläufigen wahnhaften Höhepunkt fand.

Der konkret vorliegende Vertragsentwurf illustriert die Befriedungsabsicht der Stadt: jegliche politische Meinungsäußerung müsste von der Stadt genehmigt werden, nicht genehmigte Transparente sind sofort zu entfernen, unbefugtes Betreten des Grundstücks durch DrogenkonsumentInnen muss verboten und angezeigt werden. Bei Nichteinhaltung dieser Klausel droht die fristlose Kündigung und anschließende Räumung. Für uns ist es klar, welche Absicht hinter dem Vertragsangebot steht: die Flora soll kontrolliert, befriedet und mundtot gemacht werden.

Die Umstrukturierung des Schanzenviertels

Parallel zur Diskussion um die „innere Sicherheit“ und die Drogenszene aber auch durch forcierter betriebene Umstrukturierungs- und Aufwertungspläne rückte das Schanzenviertel ins Blickfeld des öffentlichen Interesses. Seit einigen Jahren ist der Stadtteil eine der bundesweit begehrtesten Adressen für Fimen der Neuen-Medien-Branche: einige der europaweit größten Internetagenturen sind hier angesiedelt. Diese Branche schätzt sehr viel mehr als andere Branchen eine bestimmte Lebensqualität in ihrem Umfeld (Kultur, Gastronomie, Urbanität,... – Aspekte, die auch als weiche Standortfaktoren bezeichnet werden). Im inter-/nationalen Standortwettbewerb setzt das Schanzenviertel dementsprechend auf ein Ausgehangebot für gehobene Einkommensklassen und ein spezifisches Flair.

Je mehr aber die Neue-Medien-Branche zu einer ökonomischen Größe aufsteigt und sich Löhne und Lebenswelt der dort Arbeitenden verändert, und je mehr sich gleichzeitig eine kaufkräftige Szene im Schanzenviertel verfestigt, desto mehr reichen die vielen schicken, neuen Kneipen und Cafes im Standort-Wettbewerb nicht mehr aus.

Damit der Boom des Schanzenviertels weitergehen kann, versucht sowohl die von der Stadt dazu eingesetzte STEG als auch die Gewerbetreibendenlobby „Standpunkt Schanze“ das Viertel auf Vordermann zu bringen: Breitere Gehwege und eine Piazza sollen ins Schulterblatt, der Müll soll von der Straße. Aber nicht nur Müll soll aus dem Schulterblatt verschwinden, sondern auch die Drogenhilfeeinrichtung „fixstern“. Hier zeigt sich die Kehrseite der Aufwertung: Wer nicht mehr ins Bild eines attraktiven Vergnügungs- und Konsumviertels Schanze passt, muss weg: Vor allem KonsumentInnen illegalisierter Drogen, Obdachlose und Menschen mit schwarzer Hautfarbe, die aufgrund der rassistischen Gleichsetzung schwarz = Dealer pauschal kriminalisiert werden. Langfristig werden aber auch alle, die sich die überproportional steigenden Mieten nicht mehr leisten können, verdrängt.

Zur Flora ergibt sich eine gespaltene Haltung: Während der kulturelle Teil der Flora (Partys, Konzerte usw.) zur kulturellen Vielfalt des Ausgeh-Angebots beiträgt und insofern als weicher Standortfaktor die Aufwertung des Stadtteils mit begünstigt, stört im Aufwertungsprozess neben der schmuddeligen Fassade vor allem, dass die Flora die Drogenszene um das Haus herum ausdrücklich duldet.

Integration und Ausgrenzung

Dass die Stadt zunächst nicht auf Räumung, sondern erst mal auf Gespräche setzt, entspricht den politischen Strategien, die Bezirk und Senat im Schanzenviertel verfolgen. Sie zielen darauf ab, neben der fortgesetzten und ständig zugespitzten Vertreibung der marginalisierten Gruppen möglichst viel Akzeptanz und Kooperation bei den anderen BewohnerInnen, Geschäftsleuten und Interessensgruppen im Viertel zu gewinnen. (So wurde z.B. von der STEG ein Partizipationgremium „AG Umgestaltung Schulterblatt“ eingerichtet, das AnwohnerInnen die Möglichkeit geben soll, bei der von der Stadt geplanten Umgestaltung des Schulterblatts zu einer schicken Einkaufs- und Konsummeile in

Detailfragen wie der Straßenbeleuchtung mitzuwirken.) Während diejenigen, die durch die Politik der Stadt ganz offen ausgegrenzt werden, immer weiter in die Enge getrieben werden und immer weniger Möglichkeiten haben, sich zu wehren, werden die anderen so weit eingebunden, dass sie selbst zum Teil dieser Prozesse werden.
Die Flora hat in den letzten Jahren versucht, diesen Zusammenhang zu verdeutlichen und Konsequenzen für die eigene Arbeit daraus zu ziehen. Das bedeutet, sich nicht an den verschiedenen Partizipationsgremien im Schanzenviertel zu beteiligen – denn von gleichberechtigter Teilhabe aller Betroffenen kann dort nicht die Rede sein, wo die Themen und Lösungswege von städtischen und wirtschaftlichen Interessen vorgegeben werden.

Autonomie und politische Intervention

Vor diesem Hintergrund haben wir uns entschieden, keine Verhandlungen mit staatlichen Gremien oder RepräsentantInnen einzugehen. Die Rote Flora wird in diesem Jahrhundert nicht Teil einer Lösung sein, wie sie dem Bezirk und der Stadt vorschwebt.
Die Flora ist, trotz aller Schwächen, Unzulänglichkeiten und Unannehmlichkeiten, ein seit 11 Jahren erfolgreiches Projekt, in dem versucht wird, ohne Hierachien und bezahlte Stellen einer herrschaftsfreien Gesellschaft näher zu kommen. Verträge würden uns Gestaltungsspielräume in diesem Versuch nehmen.
Für die Stadt ist der „illegale" Zustand der Roten Flora offenbar ein Problem. Für uns jedoch nicht. Der vertraglose Zustand ermöglicht uns politische Interventionen, die schwerer kontrollierbar sind und Chancen und Alternativen zur herrschenden Ordnung darstellen. Als besetzter Raum ist die Flora eine praktische Infragestellung der Eigentumsverhältnisse und ein Experimentierfeld für vieles von dem, was sonst aufgrund von sog. „Sachzwängen" „leider einfach nicht machbar" oder „utopisch" ist. Sie ist Ausdruck unserer nicht nachlassenden Sehnsüchte nach Veränderung in einer Welt die tagtäglich staatlichen und gesellschaftlichen Rassismus, Sexismus ‚sich verschärfende Ausgrenzungs von Marginalisierten, steigende Armut und Obdachlosigkeit u.v.a.m. hervorbringt.
Der Weg der Flora wird von uns bestimmt, nicht von der Stadt. Es gibt für uns keinerlei Veranlassung, Verträge über die Nutzung der Roten Flora abzuschließen, denn wir verbinden damit nicht nur ein Gebäude, sondern eine politische Idee. Und die ist nicht verhandelbar.
Unser Ziel ist es jetzt, die Autonomie des Projektes Rote Flora zu wahren und den Gedanken der Emanzipation der sich daran knüpft, zu vermitteln. Emanzipation bedeutet für uns immer noch den Versuch, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern, solidarisch und subversiv zu sein.
Die Offerte der Stadt ist ein Versuch, den öffentlichen Raum auch hier nach herrschenden Interessen zu strukturieren. Durch ihren Status stellt die Flora einen symbolischen aber auch ganz konkreten Bruch der öffentlichen Ordnung dar und kratzt an der Definitionsmacht darüber, für wen sogenannter öffentlicher Raum in welcher Weise nutzbar ist.
Die Flora ist sowohl ein Störfaktor bei der reibungslosen Inszenierung der „inneren Sicherheit", als auch bei der Umstrukturierung des Schanzenviertels zu einem schicken Ausgeh- und Konsumviertel. Beides – sowohl die Inszinierung von „innerer Sicherheit" als auch der Aufwertungsprozess – bedeuten Ausgrenzung und Vertreibung von allen, die nach herrschenden Maßstäben nicht mehr ins Bild passen. Für die Flora als politisches Projekt ist es deshalb unumgänglich, gegen diese Entwicklung inhaltlich und praktisch Stellung zu beziehen.
Deshalb setzen wir mit der Ablehnung von Verträgen und Verhandlungen ein deutliches politisches Signal und lassen uns nicht zum Bestandteil des Zusammenspiels von Integration/Partizipation auf der einen und Verdrängung/Repression auf der anderen Seite machen. Es geht uns auch weiterhin um die politische Intervention gegen eine Politik, die „sozialen Frieden" gewaltsam erzwingen will. Die anstehenden Konflikte um die Zukunft der Roten Flora werden deshalb für uns der Ort sein, an dem die jahrelange Auseinandersetzung um Repression, Vertreibung und Umstrukturierung im Stadtteil aktuell zugespitzt werden kann.



MEK – Damen und Herren fürs' Grobe

In der Regel sind sie vermummt, auf jeden Fall wenn sie auf Demos sind. Sie lassen sich weder gerne fotografieren, noch filmen - die wenigsten kennen sie, aber reden gerne darüber: gemeint sind die Angehörigen des Hamburger Mobilen Einsatzkommandos, kurz MEK. Regelmäßig werden sie angeblich auf irgendwelchen Demos in Hamburg gesichtet, obwohl es sich in der Regel um Verwechslungen mit anderen Spezialeinheiten der Polizei handelt (Einsatzzüge bzw. Festnahmeeinheit der Bereitschaftspolizei). Grund genug, an dieser Stelle ein wenig Aufklärung in die Verwirrung zu bringen.

Mobile Einsatzkommandos existieren bei den verschiedenen Länderpolizeien seit den 70er Jahren und sind ursprünglich im Rahmen der sogenannten „Terrorismusbekämpfung" gegründet und eingesetzt worden. Im Laufe der Jahre hat sich der Einsatzschwerpunkt dieser Spezialeinheiten jedoch verändert, zumal in vielen Polizeien neben den MEK-Einheiten auch noch Sondereinsatzkommandos (SEK) mit ähnlichen Aufgaben existieren.

Gemeinsam ist den MEK- und SEK-Einheiten, daß sie bei sogenannten „besonderen polizeilichen Lagen" und dabei vornehmlich zur Überwältigung von nach polizeilicher Definition gefährlichen Gewaltverbechern eingesetzt werden. Klassischerweise sind dies bewaffnete Geiselnahmen, es kann aber auch die Entwaffnung eines Amokläufers oder z. B. die geplante Festnahme einer als besonders gefährlich eingestuften polizeilich gesuchten Person handeln. Dabei bedienen sich diese Einheiten Festnahme- und Überwältigungstechniken, deren Grundstruktur auf den Prinzipien der Überraschung/Täuschung, des blitzschnellen gemeinsamen miteinander Handelns unter Einsatz hochwertiger Technik beruhen. Etwa 7 Sekunden brauchte beispielsweise das Hamburger MEK bei einem Einsatz in Lübeck, um aus der Deckung herauskommend einen Geiselnehmer mit seinem Fahrzeug zu stoppen, ihn aus dem Wagen zu holen und dem dann auf dem Boden Liegenden die Handschellen anzulegen, wobei gleichzeitig die Geisel aus dem Auto heraus schon in Sicherheit gebracht wurde.

Diese polizeilichen Zugriffstechniken werden immer und immer wieder trainiert, so daß sie als routinisierte auch unter extremen Streß reproduzierbare Handlungsabfolge stets „abrufbar" sind. Dabei wird das gesamte Spektrum möglicher Einsatzszenarien durchgespielt und unter realistischen Bedingungen geübt. Das Hamburger MEK z.B. hat Zugriffe in U- und S-Bahnzügen, HVV-Bussen, in allen gängigen Flugzeugtypen des Flughafens ebenso „im Programm" wie entsprechende Täuschungsmanöver: ein Geiselnehmer, der als Forderung eine Erklärung vor laufenden Kameras der Presse abgeben will, wird erst, wenn er gefesselt auf dem Boden liegt realisieren, daß das vermeintliche Fernsehteam eine MEK-Einheit war. Und der geforderte Fluchtwagen eines Bankräubers, der glaubt, so aus der von Polizei umstellten Bank fliehen zu können, ist tatsächlich mit einer ferngesteuerten Blockierautomatik und verdeckt eingebauten Blendschockgranaten präpariert, so daß auch diese Episode schnell in den Fängen einer MEK/SEK-Einheit enden wird. Demoeinsätze bzw. Häuserräumungen gehören auch zum Einsatzrepertoire, wobei das Hamburger MEK auf Demos sehr selten (sichtbar) eingesetzt wird und auch bei Häuserräumungen lange nicht mehr zu sehen war. Doch gerade die seligen Hafenzeiten haben zu sehenswerten Innovationen geführt: um nicht stundenlang irgendwelche beton- und stahlgesicherten Erdgeschoßtüren zu belagern, hat das Hamburger MEK eine überdachte Rampenleiter gebaut, mit der man gleich in den ersten Stock eines Gebäudes geschützt vor Wurfgeschossen aller Art eindringen kann - soweit ein Haus nicht ohnehin durch Abseilen vom Hubschrauber über das Dach geentert wird...

Sowohl MEK- als auch SEK-Einheiten sind zunächst nach ähnlichen Grundregeln organisiert: alle Mitglieder der kleinsten taktischen Einheit, den sogenannten SET, sind auf spezielle Fähigkeit, die sich ergänzen ausgebildet: es gibt SpezialistIn-

1
Eine niedersächsische SEK-Einheit auf dem Weg zur Erstürmung eines Hauses, in dem ein bewaffneter Mann sich verschanzt hat. Die Beamten tragen eine besondere kugelsichere Ausrüstung, die maximale Bewegungsfreiheit mit der Schutzfunktion kombiniert. Das Plexivisier ist ebenfalls kugelsicher.

2
Mitglieder des MEK-Hamburg haben eine Person überwältigt. Beim Beamten links gut erkennbar das am Oberschenkel getragene Schnellziehholster. Die Funkausrüstung ist im Helm integriert. Die Beamten tragen alle eigentlich Zivilkleidung.

3
Beamte eines nordrheinwestfälischen SEK auf einer Demo. Sie tragen „Tonfas". Mit „Tonfas" sind Stiche, Schläge und Schwinger auf engem Raum möglich – gleichzeitig können Gegenattacken z.B. mit Stangen abgeblockt werden.

1



nen für Elektronik und Sprengstoffeinsatz, Scharfschützen, wobei im Prinzip alle alle ersetzen können müssen. Die technische Ausrüstung ist hochwertig, moderne Aufklärungselektronik, verschiedene Präzisionswaffen, Schutzausrüstung, die auch verdeckt getragen werden kann, umfangreiche Funkausrüstungen, die im Einsatz optimale Verständigung ermöglichen, Schnellziehholster, die nicht an der Hüfte, sondern am Oberschenkel getragen werden, Nachtsichtgerätschaften, gepanzerte Zivilfahrzeuge etc. gehören zur Grundausstattung. Das Hamburger MEK besitzt auch einen speziell abgerichteten Hund, der auf die „Unschädlichmachung" von Einzeltätern abgerichtet ist.
Wer Mitglied in einer MEK-/SEK-Einheit werden will, muß sich körperlichen wie psychologischen Eignungstests unterziehen. Zu den mehrmonatigen Ausbildungslehrgängen gehören das Training in taktischen Belangen (u.a. „room clearing", finaler Todesschuß, Einsatztaktiken), Kampfsportarten, die Handhabung verschiedenster Waffen. In Hamburg gehören Angehörige des MEK z.B. zu den einzigen Polizisten, die Spezialschlagstöcke, sog. „Tonfas" (im Polizeijargon „Mehrzweckrettungsstab") im Einsatz tragen dürfen - daher eine relativ sichere Möglichkeiten, sie daran zu identifizieren. Dazu wird Training groß geschrieben, nicht ohne Grund gehört das Hamburger MEK in internationalen Vergleichskämpfen zu den besten Einheiten, die -darf man entsprechenden Verlautbarungen glaubensogar militärische Eliteeinheiten „geschlagen" haben.
Bis hierhin sind die Gemeinsamkeiten zwischen MEK und SEK beschrieben worden. Während SEK-Einheiten jedoch eher dem Bereich der Schutzpolizei zugeordnet werden, reicht die Aufgabenstellung des MEK in den Bereich kriminalpolizeilicher Felder. MEK-BeamtInnen sind neben den besonders trainierten Zugriffstechniken vor allem in speziellen Observationstechniken geschult. Daher werden sie klassischerweise umfangreich im Bereich der sogenannten „organisierten Kriminalität" eingesetzt. Ein typischer Auftrag für ein MEK könnte lauten, eine Person X solange zu observieren, bis sie ein Waffendeal mit der Person Y abwickelt, diese Ubergabe beweissicher zu dokumentieren und danach X und Y festzunehmen. Observation und Festnahme sind hier eine operative Einheit im Gegensatz zum sonstigen polizeilichen Vorgehen. In Hamburg hat sich die Polizei dafür entschieden, wegen der ohnehin bestehenden Uberschneidung der Aufgabenfelder zwischen MEK und SEK nicht beide Spezialeinheiten bereit zu halten, hier gibt es also lediglich ein Mobiles Einsatzkommando, das neben den Obserations- und Festnahmeaufträgen auch die orginären Aufgaben eines Sonder Einsatzkommandos abdeckt. Das nächste SEK ist in Eutin stationiert und gehört formal zur Polizei Schleswig-Holsteins.
Seit einigen Jahren finden Frauen zunehmend Einsatz in SEK- und MEK-Einheiten. Letztere profitieren in ihren kombinierten Observations und Festnahmeeinsätzen oftmals davon, daß die Kriminellen dieser Welt zwar das klare Feindbild eines breitschultrigen, durchtrainierten, kurzhaarigen MEK-Beamten mit stahlhartem Blick pflegen, darin aber keine nicht minder trainierte MEK-Beamtin vorkommt.
Doch egal, ob Mann oder Frau, gerade wegen des nicht unbeträchtigen Anteils an Observationsaufgaben tauchen die MEK-Angehörigen in der Regel bei Demoeinsätzen bzw. wenn sie in der Presse bei ihren Einsätzen abgelichtet werden vermummt auf. Allerdings sind nicht alle vermummten PoizistInnen deswegen gleich MEK- oder SEK-lerInnen. In Hamburg laufen nämlich die Angehörigen der Festnahmeeinheit 942 der Bereitschaftspolizei auch gerne vermummt herum und werden regelmäßig deswegen mit dem MEK verwechselt.
Aber 942 ist ein anderes Thema und was es damit auf sich hat, wird dann in der nächsten Ausgabe zu lesen sein.

Harry Klein



Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Selbstausbeutung?

Die Talkshows. Im Ahoi.

15.3.:	Flexibilisierung und Prekarisierung
19.4.:	Kollektivbetriebe
17.5.:	Kommunen
21.6.:	Finanzkoops
12.7.:	Hafenstraße
Uhrzeit:	jeweils 21.00 Uhr
Ort:	Ahoi, Balduintreppe/ St. Pauli Hafenstraße, Hamburg- St.Pauli

»Es kommt darauf an, aus den Resten der Geschichte, aus den Bruchstücken eines Schiffes, ein neues, tragfähiges Schiff zu bauen. So muss es auch möglich sein, die Trümmer der radikalen Linken zusammenzukehren und die Bruchstücke neu zusammenzufügen, auf dass es wenigstens ein Rettungsboot wird. Dieses wird uns als Entwurf für eine neue Geschichte dienen.«



Anhand des inflationär gebrauchten Begriffes der Autonomie werden im Rahmen einer dezenten Talkshow- Reihe verschiedene Ansätze der praktischen Alltagsgestaltung vorgestellt, die für sich in Anspruch nehmen, innerhalb eines kollektiven Prozesses ein gewisses Maß an Selbstbestimmung für die beteiligten Individuen oder Gruppen zu ermöglichen. Wir laden also Kollektivbetriebe, Kommunen und Lebenszusammenhänge mit einem praktischen Selbstorganisationsansatz ein, von ihrem theoretischen Ansatz und ihrem real existierenden Alltag zu berichten und den politischen und persönlichen Wirkungsgrad dieser Existenzformen zu benennen. Gruppen, die theoretisch dazu was zu sagen haben, sind ebenfalls am Start. In einer locker aufeinander aufbauenden Folge soll **von März bis Juli** ein roter Faden gesponnen werden. Für öffentlichkeitsscheue GenossInnen werden die Beiträge im Radio FSK (FM: 93,0 MHZ; 101,4 im Kabel) übertragen, die Termine entnehmen Sie bitte der Programmillustrierten.

Viele »Autonomiekonzepte« der Linken in Deutschland teilen die Kritik an der traditionellen Lohnarbeit innerhalb einer kapitalistischen Vergesellschaftung. In Abgrenzung zu zentralistischen K- Gruppen und der Avantgarde-Konzeption der legalen und militanten Antiimps entstanden in den 80´ern die neuen sozialen Bewegungen. Neben der Identifikation über die jeweiligen Teilbereichs- Schwerpunkte und der Betonung einer gemeinsamen widerständischen Kultur, eines »autonomen« Lifestyles, lag ihnen -bei aller Uneinheitlichkeit- ein gemeinsames politisch- strategisches Modell zugrunde. Sie versuchen, bereits innerhalb der bestehenden Verhältnisse Autonomie und Kollektivität zu entfalten. Demzufolge wurde subjektive Emanzipation als Voraussetzung jedes revolutionären Prozesses gesehen. Die gedankliche Grundlage dessen ist, nicht nur »politisch« auf die Revolution hinzuarbeiten, sondern Brüche, Widersprüche und Spielräume innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung aufzuspüren und zu nutzen, um bereits im »Hier und Jetzt« Aspekte eines befreiten Lebens vorweg zu nehmen. Der Kampf gegen Umstrukturierung, Kernkraft usw. sollte Vehikel sein, auch sich selbst zu verändern, sollte eine Form bieten, den Bruch mit der Ordnung im eigenen Schädel voran zu treiben.

Die politische autonome Bewegung existiert de facto nicht mehr, die subkulturellen Impulse sind als zahnlose Gesten degeneriert und wurden somit integrierbar. Andererseits verdienen die praktischen Ansätze kollektivistischer Alltagsgestaltung besonders nach dem Wegbrechen der realsozialistischen Bezugssysteme eine besondere Aufmerksamkeit und sollten vor dem Hintergrund der derzeitig scheinbaren Alternativlosigkeit in ihrer Beispielfunktion nicht unterschätzt werden.

Die Fallstricke eines solchen »Inseldaseins« sind nicht selten: Bauchnabelschau, Verrohung der Sozialformen untereinander, Relativierung der einstigen Ansprüche, Entpolitisierung und gesellschaftliche Konformität, institutionell gesetzte Grenzen,....

Wenn es gut läuft, können die Projekte allerdings eine stabile Basis für persönliche und kollektive politische Entwicklung bieten, häufig verdammt dennoch der gesellschaftlich verengte Spielraum zu bloßer Nischenexistenz.

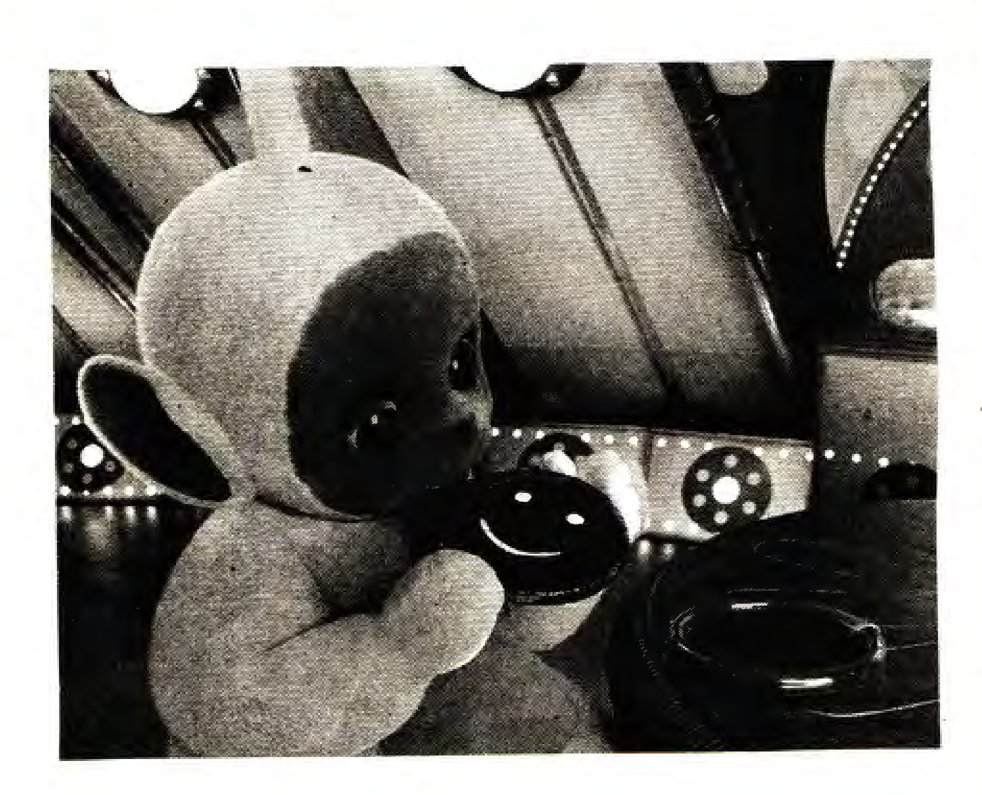
Die Veranstaltungsreihe möchte Gelegenheit geben, sich über genannte Ansätze auf einem gemäßigten Niveau zu informieren und diese gemeinsam zu reflektieren. Dies findet in der AHOI- Kneipe statt, somit wird Theorie mit Unterhaltung verbunden: das zeitgemäße »Infotainment«; unsere Konzession an den Zeitgeist und Antwort auf die didaktischen Mängel brachialer Frontalvorträge.

Die Gäste werden in ca. einstündige Pläusche (»Talks«) verwickelt; entlang eines roten Fadens sollen oben angesprochene Thesen im konkreten Fall geprüft werden. Im Anschluss erwartet Sie das Gastro-Team zu einem herrlich frischen Bierchen mit Kickern und so.

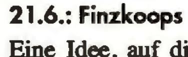
Programm:

15.3.: Flexibilisierung und Prekarisierung. Grenzen der Selbstbestimmung in der Lohnarbeit

Die Arbeitsbedingungen für einen Großteil der Lohnabhängigen verschlechtern sich rasant. Reguläre Verträge mit garantierten sozialen Sicherheiten sind die Ausnahme; unter dem Banner der Flexibilisierung der Beschäftigungsverhältnisse und Verschlankung der Produktion werden neue, »ganzheitliche« Formen der Ausbeutung zur Norm. Der selbständige, eigenverantwortliche und kreative Angestellte, der aufgrund völliger Entrechtung und Identifikation mit den Betriebszielen keiner Fremdkontrolle mehr bedarf, verkörpert die postfordistische Version von moderner Selbstbestimmung im Arbeitsprozess. Diese Uminterpretation von »Selbstbestimmung« wollen wir mit der Gruppe »Blauer Montag« aus Hamburg diskutieren.



19.4.: Kollektivbetriebe:

Innerhalb des Kapitalismus können keine egalitären Mikro- Ökonomien entstehen; die Mechanismen kapitalistischer Akkumulation sind auf der Alltagsebene nicht (oder bestenfalls arg begrenzt) außer Kraft zu setzen. Betriebe mit einem Kollektivanspruch, die unter Marktgesetzen bestehen müssen, erleben die daraus resultierenden Effizienz- und Rationalitätsüberlegungen häufig als Einfallstor für konkurrenzförmige Sozialformen untereinander und kratzen betriebswirtschaftlich häufig an der Grenze des Existenzminimums. Viele Betriebe schrauben ihre Ansprüche herunter, geben auf oder wandeln sich in Chefbetriebe um. Andere funktionieren schlicht und ergreifend, es werden solidarische Umgangsformen entwickelt und Infrastruktur für die Szene bereitgestellt.
So oder so sagen die Erfahrungen in Kollektivbetrieben etwas über die Probleme  sozialistischer Wirtschaft und kollektivistischer Organisationsform aus; sie können als Experimente oder Modelle durchaus brauchbare Erfahrungen für ein gesellschaftliches Projekt und den Umgang mit (Lohn- oder Leistungs-) Gerechtigkeit und Egoismus vermitteln. Zwei existente Kollektive (Fritz Bauch und Schanzenbuchladen) und ein ehemaliger Kollektivbetrieb (Zimmerleutekollektiv) halten Innenrevision.

17.5. : Kommunen

Mit über 20 Jahren ist die »BURG« in Lutter am Barenberge (Nordharz) eine der dienstältesten Anarchokommunen und in vielfacher Hinsicht eine Institution. Das Tagungshaus ist ein nicht zu unterschätzender infrastruktureller Faktor für die regionale Polit- und Kulturszene, die Kommune ist in der bäuerlichen Umgebung fest verankert, es gibt Hoffeste, selbstgebasteltes Körnerbrot und so weiter und so fort.... Dennoch gibt es eine Fluktuationsrate, die mit jedem großstädtischen WG-Haus zu vergleichen ist. Als weitere Gäste begrüßen wir dynamische JungkommunardInnen aus Bremen (»alla hopp«), die sich nach einer längeren Zeit als Finanzkoop nun ein Stadthaus organisiert haben, aus welchem heraus sie verschiedene Dienstleistungen anbieten. Beide Kommunen werden über theoretische Ansprüche und tatsächliche Realitäten, Grenzen und real existierende Spielräume sinnieren.

21.6.: Finzkoops

Eine Idee, auf die man erstmal kommen muss: »Lohngerechtigkeit« widerspricht kapitalistischem Gesetz. Das fängt bereits bei der klassenspezifschen Sozialisation an: zu unterschiedlich sind die Zugangsvoraussetzungen zu Bildungseinrichtungen. Überhaupt, die Trennung von bezahlten Produktions- und unsichtbaren aber gesellschaftlich höchst nützlichen Reproduktionsarbeiten ist Resultat abendländisch- patriarchalischer Normen. Die Lohnhöhe beruht also zum Großteil nicht auf gerechter Leistungsbemessung sondern mindestens größtenteils auf geschickter Nutzung von Privilegien. Daraus ergibt sich die Idee, innerhalb einer Solidargemeinschaft Einkommensunterschiede auszugleichen. Ein gemeinsamer Pott wird eingerichtet, alle Gehälter und Vermögenswerte rein und dann geht`s los: Plenum !
Wie erreichen wir eine gemeinsame Verständigung über welche Bedürfnisse, welcher Detailgrad von Hinterfragung meiner Bedürfnisse ist im Alltag überhaupt ertragbar? Welche Bedürfnisse werden aufgrund welches Bewertungsmaßstabes als gemeinsam förderungwürdig angesehen , welche nicht? Was für ein Gefühl ist es für mich als Kind dieser individualistischen Gesellschaft, meine GenossInnen über die Länge meines Urlaubs feilschen zu hören? Warum finanzieren wir Monikas Auto und Martins Hundefutter, aber nicht mein Handy? Fragen über Fragen.

12.7.: Hafenstraße:

Vom Europa- weit beachteten, autonomen Aneignungsprojekt mit Symbolfunktion für eine soziale, militante Bewegung zum genossenschaftlichen Wohnprojekt mit Elbblick. Über Segen und Fluch von Symbolen; über Wege und Sackgassen in der Stadtteilbezogenheit, übers älter werden und immer wieder neu anfangen streiten sich Unbedarfte, Nachgewachsene und Alt- BewohnerInnen.

Adresse: Ahoi, Balduintreppe/ St. Pauli Hafenstraße, Hamburg- St.Pauli
Programmhefte und Kontakt: AHOI/ Autonomieklub, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg

Für ein offenes politisches Café i

Mehr Öffentlichkeit in öffentlichen Räumen

Anna (bzw. Arthur) zieht neu nach Hamburg und möchte sich politisch engagieren, Sie hat in ihrem Dorf viel über die Flora gehört und kommt so zu dem Entschluß, dort doch einfach mal vorbei zu schauen. Am ersten Tag steht sie vor verschlossenen Türen und sieht aber ein Plakat, auf dem für die Vokü geworben wird. Am nächsten Montag kommt sie pünktlich in die Flora und setzt sich alleine an einen Tisch. Alle Leute die schon da sind beschäftigen sich mit ihrem eigenen Kram und Anna hat das Gefühl, das über sie geredet wird. Sie ist verunsichert. Stop!



Beim Betrachten der Situation in der Flora wird sehr schnell deutlich, das diese außer während einiger Partys nur von einem bestimmten Teil (sub-)kultureller Szenen genutzt wird. Die Menschen, die zur Vokü kommen, kennen sich größtenteils, erwarten ein leckeres billiges Essen, und wollen ihre bekannten FreundInnen (GenossInnen?) treffen. Ein paar Szene-Cliquen, ein paar Drogies, und hin und wieder eine neue Person, die sich hier verirrt auf der Suche nach Möglichkeiten sich politisch einzubringen und die konsequent scheitern wird.
Was es nicht gibt, ist eine Kommunikationsstruktur, in die sich auch Menschen, die sich noch nicht kennen, einbringen können, und die einen offenen Austausch für viele ermöglicht.
"Brauch ich auch nicht, son Quatsch." werden viele, die diesen Text Lesen, vielleicht denken. Spitzelverdacht. "Ich hab doch genug Leute, mit denen ich meine Politpsychos teilen kann".
Sehr gut. Für Dich. Der öffentliche Raum ist offen für seine BesitzerInnenn. Und dann wundern wir uns, wenn die Szene bergab läuft. Wenn sich immer weniger neue Leute in unseren Zusammenhängen verirren.

Darum geht es uns. Wir glauben, das die Anzahl der Menschen nicht zu unterschätzen ist, die ganz gerne der Flora etwas näher kommen würden, von denen einige vielleicht gern aktiv werden würden, die aber an der nicht vorhandenen Offenheit unserer Strukturen scheitern. Wir haben schon mehr als eine oder zwei oder zehn Menschen mitbekommen, die bei uns gekuckt haben, wo sie sich einbringen können, die sich vielleicht auch sogar getraut haben uns zu fragen - und wir haben schon mehr als einmal keine gute Antwort gewußt. So schwer war die Frage nicht, aber Menschen zur VV zu schicken ist in der Realität nicht immer das prickelnste, also blieben Antworten übrig wie folgende: "Es gibt da schon so ne Gruppe von Leuten, die zu dem Thema arbeiten. Aber das sind eher so Leute, die sich schon kennen........(bla,bla,bla)."
Trotz der auch vorhandenen Notwendigkeit der Existenz geschlossener Gruppen hat das fast völlige Wegfallen von Offenheit einen sehr großen Anteil daran, das sich unsere Zusammenhänge konservieren und aus der Konserve dann noch einiges weggefressen wird, ohne das neues dazu kommt außer Schimmel. Denn wer keinen Weg findet sich einzubringen, wird das auch nicht tun.

Das es kein Interesse neuer Leute gibt, die sich links(radikal) engagieren würden, ist falsch. Uns fällt da z.B. die Organisation Linksruck ein, die innerhalb weniger Jahre eine beachtenswerte Größe erreicht hat. Dort kommen ständig neue Leute hinzu. Das (für uns als undogmatische Linke) spannende daran ist, das die Menschen, die bei LR auflaufen, das nicht tun, weil sie überzeugte TrotzkistInnen wären. Sie tun dies, weil sie sich links(radikal) engagieren wollen und ihnen dort unkompliziert die Möglichkeit dazu gegeben wird. Sie müssen sich nicht abchecken lassen und laufen auch nicht Gefahr, aufgrund ihrer Interesse an Politik und den Menschen verdächtigt zu werden, Spitzel zu sein.
Nicht zuletzt aufgrund dieser Beobachtungen glauben wir, das sich deutlich mehr Menschen um die Flora engagieren würden, wenn unsere Strukturen offener wären.

Und nun mal was konstruktives.
Aus der Notwendigkeit von mehr Offenheit entstand zwangsläufig irgendwann die Idee,

der Roten Flora



einen Punkt innerhalb der Flora zu schaffen, an dem es interessierten Menschen sehr einfach möglich ist, sich erstens die Flora mal in einer netten Atmosphäre anzuschauen, zweitens sich politisch informieren und diskutieren zu können und drittens Anknüpfungsmöglichkeiten zu finden, sich auch längerfristig einzubringen. Diese Idee wollen im Rahmen des Café Niemandsland verwirklichen, das ab dem 4. März wöchentlich Sonntags um 17 Uhr stattfinden wird. Alle drei Punkte sind uns wichtig und darum wollen wir an ihnen noch mal genauer unsere Ideen vorstellen.

Erstens: sehr einfacher Zugang
Da es uns vor allem darum geht, neuen Leuten Zugang zu Szenestrukturen zu bieten, werden wir nicht darum herum kommen, auch außerhalb unserer Szenemedien für das Flora-Café zu werben. Wir wollen Plakate und Flyer für das Café auch außerhalb der Szeneorte verteilen, an Schulen, an der Uni, ...

Zweitens: Informieren und diskutieren
Wir werden das Café inhaltlich gestalten, indem wir jede zweite Woche in seinem Rahmen eine Info-, Film, oder Diskussionsveranstaltung organisieren. Damit wollen wir auf der einen Seite durch das anregen interessanter Diskussionen mehr und neue Leute ins Café holen und auf der anderen Seite zu uns wichtigen Themen inhaltliche Akzente setzen,

Drittens: längerfristig einbringen
Unser Wunsch wäre, es hinzukriegen, das im Café (z.B. im Zusammenhang mit den Veranstaltungen) neue Zusammenhänge entstehen, die dann an einigen der Themen weiterarbeiten. So könnten Arbeitsgruppen entstehen, die an den Sonntagen, an denen im Café keine Veranstaltungen stattfinden, sich weiterhin kontinuierlich treffen.

Wir sind nicht die dritte Vokü-Gruppe
Viel werden sich jetzt vielleicht Fragen, ob wir nicht einfach ne neue Vokü-Gruppe mit überzogenen Ansprüchen sind. Dazu sei klargestellt. Das, was wir hier beschrieben haben, ist das, was wir ernsthaft machen wollen und wenn es uns lediglich gelingen würde, für einen kleinen Kreis altbekannter Leute Kuchen zu backen, würden wir das Konzept als gescheitert betrachten und die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

Und dann auch noch sowas: Hierarchien abbauen
Längerfristig wäre es unsere Vision, das es keine Trennung mehr gibt zwischen den Leuten, die das Café organisieren und den Leuten, die kommen. Denn das ist unsere Vorstellung von selbstorganiserten Prozessen. Um darauf hinzuwirken, werden wir die folgenden Cafés öffentlich planen. Wir wollen möglichst große Transparenz über unsere Entscheidungen und Ideen - darum auch dieser Text.

Zum Schluß: Mitmachen
Wir wissen es selbst: wir haben uns viel vorgenommen. Aber wir sind dabei, freuen uns auf den Startschuß und haben schon einiges geschafft. Und die, die glauben, das die Ziele, die wir uns gesetzt haben, zu Hoch sind, sollten den Kopf nicht hängen lassen sondern sich einfach BETEILIGEN

Die Cafétermine:

Sonntags von 17 - 21 Uhr. Veranstaltungen beginnen um 18 Uhr

Sonntag, 4.3.01
Geschichte der Flora
vom Sommertheather zum autonomen Statteilzentrum (Vortrag, Dias, Diskussion)

Sonntag, 11.3.01
Spielfilmcafé
Film über eine türkisch, deutsche Freundschaft (Film)

Sonntag, 18.3.01
Castor nach Gorleben
letzte Infos und Aktionstips zum anstehenden Castortransport. (Vortrag, Diskussion, evtl. Film o. Dias)

Sonntag, 25.3.01
Normaler Cafebetrieb wie immer mit lecker Kuchen usw.

Sonntag, 1.4.01
Situation der Gefangenen in der Türkei
Veranstaltung zum Protest der von Isolationshaft betroffenen Gefangenen (Vortrag, Diskussion)

Sonntag., 8.4.01
Globalisierung ist sowas wie Schwerkraft?
Einführung zum Thema Weltwirtschaft, Globalisierung und Neoliberalismus. (Vortrag, Diskussion)

RevolutionärInnen! Löst Bahnsteigkarten!

In der letzten Ausgabe der ZECK hat die „gruppe rage" in einem öffentlichen Debattenbeitrag die Entscheidung „der" Flora kritisiert, keine Vertragsverhandlungen mit der Stadt zu führen und ein Überdenken dieses Beschlusses nahegelegt.Es ist zu begrüßen, daß sich offenbar tatsächlich außerhalb der Flora ernsthaft Gedanken über den zukünftigen Weg des Projekts gemacht werden. Wenig überzeugend Neues liefert die „gruppe rage" aber an Argumenten, wieso denn ausgerechnet mit Verträgen die Flora rot bleiben wird. Aber fast noch nachhaltiger fordern einige nebenbei gemachte Behauptungen über den Charakter der Florapolitik der letzten Jahre Widerspruch heraus. Und mit der Darstellung dieses Widerspruchs soll gleichzeitig die Gegenrede zum Vorschlag, in Verhandlungen liege die bessere politische Strategie, geführt werden.
Die gruppe rage entwirft eine Beschreibung des aktuellen Zustands der Florapolitik, die zusammengefasst lautet: die „meisten jetzigen Flora-AktivistInnen" sahen schon in den Verhandlungen 1992/93 eine Preisgabe politischer Prinzipien. Das Verhältnis der jetzigen Flora-AktivistInnen zum Senat ist nicht nüchtern, zumal Verhandlungen mit der Stadt als Tabu betrachtet würden. Aktuell werde in der Flora radikale linke Politik und vertragliche Absicherung als Gegensatz betrachtet. AnwohnerInnen und Gewerbetreibende werden „per se als feindlich eingestuft", ja mithin werde „eine fundamentalistische (sic!), undifferenzierte Position gegenüber AnwohnerInnen eingenommen". Es frage sich, so die gruppe rage, ob es um den Kampf für gesellschaftliche Veränderung gehe oder um die Zurschaustellung einer „Rebel-Attitüde", wobei im Argumentationszusammenhang nur die jetzigen Flora-AktivistInnen mit dieser Attitüde identifizierbar sind. Schließlich habe das Floraprojekt auch eine Verantwortung für das Viertel angesichts der laufenden Umstrukturierungsprozesse.
Irgendwie muß die gruppe sich da in rage geschrieben haben, was sich an der Beschreibung des Verhältnis 'Flora-AnwohnerInnen' zeigen läßt: es hat keinen behaupteten Bruch mit der Öffentlichkeit der Schanze „Mitte der 1990er Jahre" gegeben. Noch 1996 nach dem Brand im Archiv hat die Rote Flora über 60.000,- Mark an Spenden und nicht zu einem unbeträchtliche Teil aus dem Stadtteil bekommen. Einen Bruch hat es allerdings tatsächlich gegeben, aber der sollte ehrlicherweise auf Anfang 1998 datiert werden. Und der liegt vor allem darin, daß sich die Flora mit ihrer Haltung zur Drogenpolitik bis in die Reihen ehemaliger FloraaktivistInnen aus den Anfangsjahren ziemlich unbeliebt gemacht hat. Von seiten der Flora ist dabei niemanden im Viertel der Krieg erklärt worden (außer der PR 16 ein bißchen): stattdessen gab es ein ausführliches „Zwergenflugblatt" Ende 1997, drei weitere Hauswurfsendungen zur im Frühjahr 1998 eskalierenden polizeilichen Bekämpfung der Drogenszene, Pressekonferenz, Veranstaltung mit ARAB aus Bremen zum Feindbild „schwarzer Dealer", dann 1999 und 2000 die sogenannten Talkshows zum Thema „Drogen im Stadtteil" - wer aus dieser übrigens nicht vollständigen Aufzählung fundamentalistische und undifferenzierte Positionen gegenüber AnwohnerInnen destilliert, hat wenig über die PR-Arbeit mitgekriegt. Oder hat die Flora etwa die ganzen fortschrittlichen Manifeste von AnwohnerInnen („Politische statt polizeiliche Lösungen!", „Afrikazentrum jetzt!" „Für mehr Fixerräume in der Schanze!") verpasst?
In der Flora sind leider allzuoft Geschichten angekommen von Eltern, die gerne von Spritzen übersäten Kinderspielplätzen berichteten (sind wir artig zum Floraparkspielplatz gelaufen, um's einzusammeln, da muß schon immer eine/r vor uns dagewesen sein...). Oder der Inhaber des Ladens „Better Times", der sich als langhaarigster Nazi Hamburgs bezeichnet, Schill geil findet, die Flora platt machen will -O-Ton „Da muß man nur mal die richtigen ran lassen..."- und alle dealenden Asylanten sofort abschieben lassen möchte (Scheiben bis heute unangetastet). Dann sind da noch die jung-dynamischen Gewerbetreibenden aus der Susannenstr., die in einem TV-Beitrag -leider zu schlecht 'unkenntlich' gemacht- mit der Baseball-Keule vor dem Laden stehend erklären, seitdem sie die Verhältnisse mit besagten Keulen angegangen seien, hätten sie jedenfalls keine Probleme mehr mit dealenden Afrikanern vor ihrem Laden (Scheiben bis heute unangetastet). Ein Martin Elbl darf sich sogar postwendend beim Fixstern beschweren und dagegen verwahren, daß der Fixstern das Engagement der Flora im Drogenkontext in einer Presseerklärung als „sozial" zu bezeichen (STEG-Büroscheiben bis heute unangetastet). Selbst „der" Teppichhändler darf monatelang die regelmäßig in der Springerpresse breitgewalzte Lüge kolportieren lassen, die Rote Flora habe ihm schon dutzendfach die Scheiben demoliert (Scheiben höchstens scheel angeguckt...)
Mensch kann sich über den Grad von Geduld und Ausdauer der Öffentlichkeitsarbeit der Flora sicherlich streiten, aber fest steht nunmal, daß die Flora weder eine Partei ist noch Wahlen gewinnen will und die Tatsache, daß auch im Schanzenviertel der normale gesellschaftliche weiße Mehrheitsdiskurs mit seinen Rassismen und ordnungspolitischen Vorstellungen greift, kann nicht überführt werden in die Formel „fundamentalistische, undifferenzierte Position gegenüber AnwohnerInnen".
Ähnlich daneben ist das Bild der gruppe rage vom Verhältnis der aktuellen FloranutzerInnen zum Senat. Wenn es einen nüchternen Umgang in Fragen der Flora mit der Stadt gibt, dann auf jeden Fall in den letzten Jahren von seiten der Flora selbst. Mal abgesehen von der bekannten Tatsache, daß die Flora seit Beginn artig diverse Gebühren zahlt (Müll, Wasser, Strom, Gas), ist die Flora mittlerweile auf die Zahlung von Gema-Gebühren eingegangen und hat sogar im Verbund mit Bezirksamt und der Feuerwehr mehrere Hausbegehungen akzeptiert, damit im Hause die Standards der feuerpolizeilichen Bestimmungen von Veranstaltungsorten erfüllt werden. Besonders viele Tabus sind in diesem Zusammenhang nicht thematisiert worden. Und bei der Frage der Eskalation, die man bereit ist, gegen die tägliche Polizeipräsenz in Aktionen zu betreiben, hat selbstverständlich immer schon auch die taktische Frage eine Rolle gespielt, wie weit kann man es treiben, bis es direkt gegen die Flora geht. Das kann natürlich in zwei Richtungen zugespitzt werden: seht, wenn es in der Vergangenheit schon taktisch war, dann ist ein Vertrag doch keine Verschlimmerung - oder: es war schlimm genug mit der Taktik in der Vergangenheit, es gibt keinen Grund damit weiterzuwurschteln. Gerade weil es in der letzter Zeit sehr pragmatisch wurde, war es an der Zeit, sich unmißverständlich zu positionieren.
Und aus diesem Grund verkennt die gruppe rage die Entscheidung gegen Verhandlungen: sie beruht nicht auf abstrakten Glaubensbekenntnissen zu radikaler Antistaatlichkeit, sondern auf sehr konkreten Überlegungen der politische Rahmenbedingungen, unter denen sich im Schanzeviertel des Jahres 2001 Verhandlungen

zwischen Flora und Stadt abspielen. Es geht um eine (nüchterne...) Einschätzung der Frage, welches Signal solche Verhandlungen eigentlich setzen. Dabei geht es nicht um etwas abgehobene Überlegungen über das Verhältnis von Antistaatlichkeit im allgemeinen und der Sturheit von FloristInnen im besonderen, sondern darum, in welchem konkreten Kontext das Vertragsabgebot steht. Dieser Kontext lautet, daß es in der Schanze ein a) Sauberkeitsproblem, b) ein Drogen- und Sicherheitsproblem und c) das Rote-Flora-Problem gäbe. Die Problembewältigung der Punkte a und b ist hinlänglich bekannt und ja gerade von der Flora massiv in Worten und der einen oder anderen Tat angegangen worden. Kaum aber wird vom 9er-Gremium forciert Problem c auf die Tagesordnung gesetzt, soll nicht mehr gelten, was vorher zur fehlenden Legitimität einer weißen, eurozentristischen Problemdefinitions- und Lösungspropaganda in öffentlichen Raum gesagt und getan wurde. Nein, statt dessen soll sich (nüchtern, in der Sache aber hart ringend) flugs an den Verhandlungstisch gesetzt werden. Alles ist anders, man kann natürlich nicht über alles reden außer über das „Problem" Rote Flora. Das ist einer der Gründe, warum im Gegensatz zur Behauptung der gruppe rage unter den aktuellen FloranutzerInnen keineswegs die Verhandlungen von 1992/93 als Revisionistenkacke abgetan werden - damals war die Flora stärker, heute ist sie schwächer als noch vor 8 Jahren. Und im Gegensatz zum an dieser Stelle dann gern angeführten Argument, gerade weil „wir" schwach sind, dürfe man nicht die Flora leichtfertig aufs Spiel setzen, lautet die Gegenrede: im aktuellen Zustand wird sich die Flora eher bis zur Kenntlichkeit auf das Niveau „kritischer alternativer Stadtteilkultur" herunterverhandeln, als daß sie Ort einer linksradikalen widersprechenden Politik ist. Am Ende wird dann möglicherweise der neuerliche Beleg erbracht sein, daß es scheinbar keine Alternative dazu gibt, sich dem allmächtigen staatlichen Anspruch auf Domestizierung und Integration unterzuordnen. Wenn das Beharren darauf, daß es anders sein könnte, nur noch als „Rebel-Attitüde", die zwar einen gewissen Charme hat, aber ansonsten ein wenig verbohrt daherkommt, wahrnehmbar ist, dann hat sich das Motiv des Vermittelbarkeitsdogma als Maßstab von Realpolitik als Teil autonomer Politik weiter etabliert, als dies bisher angenommen werden konnte. Und noch bescheidener wird es, wenn es heißt, die Flora müsse als Projekt angesichts der Situation im Stadtteil verantwortlich mit dem Raum umgehen. Also mal so gesagt: die Flora ist null verantwortlich für das Viertel und jenseits der allseits bekannten gentrification-Theorie ist die Rote Flora kein Reparaturbetrieb für die Unzulänglichkeiten kommunaler Stadtentwicklungspolitik. Schlimm genug, daß die Flora als Teil einer subkulturellen Inszenierung der offenen Koffeinszene herhalten muß, aber daß sie nun auch noch autonome Sozialarbeit zur Hebung des Viertelgemeinwohls tun soll, hat sie nicht verdient.

Vielleicht ist eben eine Perspektive das folgende Szenario. Polizei und VS freuen sich seit 1989 darüber, daß im großen Florasandkasten sich GenossInnen im alltäglichen Einerlei aufreiben. Kommt dann mal ein Aktiönchen dabei heraus, weiß die Gegenseite meist schon, was sie zu erwarten hat. In ganz schlimmen Zeiten wird dann ein Spitzel eingeschleust, ansonsten hat man da seine Pappenheimer im Blick und im Griff. So bleibt die Flora der Garant für die Sicherheitsorgane, daß irgendwie nicht allzu arg mit den Förmchen um sich geworfen wird, sonst wird man nämlich vom Spielplatz geschmissen - bäh. Nach bald 12 Jahren wäre es also durchaus an der Zeit, es mal wieder anders zu probieren. Klar, man muß nicht auf Biegen und Brechen die Flora plattmachen lassen, aber es muß immer möglich sein, sie zur Disposition stellen zu wollen - nur dann hat radikale und linke Politik eine Perspektive. Und sollte sich herausstellen, daß die Flora platt ist und danach sich alle in die Schneckenhäuschen privater Befindlichkeiten zurückziehen, dann lag ohnhin etwas im argen. Was am Ende richtig ist, kann mensch am Anfang noch nicht wissen: streiten wir darum!

Kba.



Eine todsichere Sache

Ab dem 26 März will die verdammte rot-grüne Bundesregierung wieder Castoren durch`s Land rollen lassen. Damit wollen uns Regierung und Atomkonzerne ihren im Sommer 2000 mit einem sogenannten Atomkonsens verabredeten Betrug von einem angeblichen 35-Jährigen Atomausstieg unterjubeln. Den sollen wir erst dann feiern, wenn wir alle schon längst tot sind. Schönen Dank auch! Da haben wir gar nicht erst mitgemacht, da wurden wir auch nicht gefragt, vielleicht auch deshalb weil die Herrschenden genau wußten, daß unsere Antwort ein kurzes wie bündiges »NEIN« gewesen wäre. Nun denken die sich wohl, daß sie uns mit den geplanten Castor-Transporten die Macht- und Gewaltfrage stellen können. Keine Angst! ... Die werden wir beantworten, aber ganz anders als sie es sich so denken!

Dabei soll mit den geplanten Castor-Transporten erneut auf besonders drastische Weise seine Fortsetzung finden, was das bundesdeutsche Atomprogramm schon immer war: Pfusch, Murxerei, Polizeigewalt, Ökohorror, Lug und Trug. Das ist aber spätestens seit Tschernobyl dem größten Teil der Bevölkerung wohlbekannt. Und sowas schafft für Widerstände und Proteste aller Art einen schönen Rückenwind. Angesichts dessen, dass uns in vielen anderen Fragen in dieser Gesellschaft der Wind mit Rassismus, Nenoazismus, Krieg und Armut so eiskalt ins Gesicht bläst, wollen wir uns den an dieser Stelle auf keinen Fall entgehen lassen. Stellen wir es uns einfach einmal vor, daß es uns gelingt, die schönen Sankt-Nimmerleins-Ausstiegpläne des bundesdeutschen Staates und die flirrende Liberalisierung aller Strommärkte zugunsten seiner Atomkonzerne an einem vermeintlichen Ende der Geschichte ernsthaft in die Bedrouille zu bringen. Niemand sollte es unterschätzen, was das für einen Schub an neuer Hoffnung und Kraft in anderen gesellschaftspolitischen Konflikten auslösen kann.

Über die Theorie und was das mit der Praxis zu tun hat

Es gibt viele Gründe, sich gegen die Fortsetzung des Atomprogramms auszusprechen. Ihr jeweiliger Charakter und ihre Qualität sind jedoch sehr unterschiedlich. Klar, daß alle Atomkraftgegner die gegen den Castor auf die Strasse oder Gleise gehen, zunächst einmal aus der schlichten Prügelperspektive der Bullen »Störer« sind. Und das ist erstmal auch nichts schlechtes. Auf der anderen Seite ist es aber ein schwerer Irrtum zu glauben, daß alle Atomkraftgegner im Angesicht der Gefahr zu »grauen Katzen« werden. Während die einen dann von dem, was sie bislang als »Demokratie« kennen gelernt haben, wirklich nur noch sehr wenig erwarten, fangen die anderen dann erst richtig an »ihre Demokratie« zu lieben, und wiederum andere denken spätestens dann über etwas Besseres nach. Und so verraten uns die verschiedenen Anti-Atom-Argumente und Worte immer auch etwas über die aktuellen Weltbilder der Protestierenden. Und wenn wir da einmal in die Anti-Atom-Bewegung hinein schauen, dann beschreiben uns die einen eine Wirklichkeit vom finsteren »Atomstaat« aus den 70er Jahren, der bis auf den heutigen Tag immer noch immer dreist sein Haupt erhebt. Demgegenüber entwerfen uns andere das genau entgegensetzte Bild einer wirklich schönen »Zivilgesellschaft«, in der es empörend sein soll, daß Bullen für die Interessen weniger Regierungspolitiker und Konzernherren Bevölkerungsmehrheiten verprügeln dürfen. Beide Beschreibungen kommen aber in jeder gesellschaftstheoretisch vermittelten Perspektive einer politischen Selbstentwaffnung gleich. Es nützt niemanden die Windmühlenflügel der Vergangenheit oder die der Gegenwart zu bekämpfen. Wir lehnen ein regulär kapitalistisch verfaßtes Gemeinwesen nicht in erster Linie deshalb ab, weil es zuweilen den Ausnahmezustand verhängt, und nicht nur da nicht nach den Gesetzen der Staatsbürgerkunde und Sonntagsreden in der Kirche funktioniert. Wir lehnen es fundamental ab, weil es im globalen Maßstab Ungerechtigkeit und Unfreiheit schafft. Und das ist wichtig für alle Anti-Atom-AktivistInnen zu verstehen, weil es entscheidend für die politische Bestimmung jeder Praxis über den unmittelbaren Konflikt hinaus ist.



Was bewegt uns und andere sich an den Protesten gegen den Castor zu beteiligen?

Bei den Castor-Transporten werden wir vor Ort auf verschiedene Kräfte mit unterschiedlicher Geschichte und Begründungen stoßen. So wird in einem Aufruf im schönsten Biedermeier dazu aufgefordert »in die Puschen (zu) kommen«. Im Fortgang der Argumentation kritisiert er dann an der aktuellen Atompolitik so dies und das; Anekdoten, die dann in der Aussage münden, das das doch alles mit »verantwortlicher Politik nichts zu tun« habe. Wer schon so sprachlich »vor lauter Verantwortung« umfällt, ist die altehrwürdige Bi Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. In der Form ist sie eine Mischung aus konservativen St. Florians-Aktivisten (»Verschon mein Haus, zünd´ ein andr´es an!«) und einer Erinnerung an den sozial-liberal regierten »mehr Demokratie wagen«-Staat in der zweiten Hälfte der 70er Jahre. Zwei Jahrzehnte lang fungierte die Bi auch als eine Sprungbrettstation für sich besonders klug vorkommende Aktivisten, um zu grünen ParteipolitikerInnen aller Art zu mutieren. Die durchaus erfolgreiche Heinzelmann-Strategie dieser Bi-Aktivisten, sich mit der grünen Staatspartei zu verfilzen, um die Atomkraftnutzung über eine andere, bessere Regierungspolitik zu beenden, hat nun, nachdem der derzeit amtierende und eloquente Pressesprecher dort wegen des Andranges zu vieler andere Karrieristen

zu spät gekommen war, einen vorhersehbaren Bankrott anmelden müssen. Dennoch zeigen ihre Argumente, daß die Bi Lüchow-Dannenberg es immer noch nicht aufgegeben hat, für sich für eine bessere Regierungspolitik einzusetzen. Das finden wir nicht nur sehr bedauerlich, sondern auch politisch falsch.

Darüber hinaus werden wir während der geplanten Anti-Atom-Proteste mit der seit einiger Zeit von einigen umtriebigen Privatunternehmern geführten Kampagne »x-tausend mal Quer« konfrontiert sein. Dabei ist von uns der Begriff »Privatunternehmer« mit Bedacht gewählt, denn die Strukturen dieser Kampagne sind streng hierarchisiert und wahren für die, die darin funktionalisiert werden sollen, noch nicht einmal mehr den Hauch einer egalitären Selbstorganisation. Es gehört zum deprimierenden Erfolg der x-tausend mal Quer Privatunternehmer, daß sie die respektable Praxis einer antistaatlich motivierten unberechenbaren Gewaltfreiheit auf ihr an Medienresonanz gekoppeltes Kampagnengeschäft herunter gebracht haben. Dabei betreiben sie über die schlecht abstrakte Feier einer formal verstandenen Gewaltfreiheit eine Form der Entpolitisierung, die jeden Begriff von Gesellschaftspolitik in ein sozaltherapierendes Zwergenseminar verbannt. Auch so wird eine marktkonforme Zurichtung der darin involvierten Teilnehmerinnen angestrebt, die den Leitern dieser NGO-ähnlichen Organisation ihr Geschäft erleichtert. Folgerichtig haben die Leiter der »x-tauend-mal Quer-Kampagne auch während des letzten Castor-Transportes ins Wendland bestimmte Orte des Protestes kurzerhand für ihre Labelpolitik privatisiert. Das finden wir überhaupt nicht richtig.

Ganz weit weg von allen Anti-Atom-Protesten scheinen nun endlich die Grünen RegierungsidiotInnen aus Berlin zu sein. Doch täuschen wir uns nicht: Die Aufgabe der Grünen besteht nicht nur darin, - wie es der grüne Polizeipräsident von Ahaus erfolgreich vorgemacht hat - die bislang aufgelaufenen Kosten der Atomülltransporte entscheidend zu senken. Für ihre eigene Weiterexistenz ist es zugleich notwendig, durch Anwesenheit und genaues Beobachten Protestbewegungen zu befrieden und auf ihre eigenen repräsentativen Bahnen politischer Einflußnahme zu lenken. Wir gehen deshalb auch davon aus, daß dem Grünenteil, der sich in formaler Weise den Anti-Castor-Protesten anzuschließen hat, in Zusammenarbeit mit der Polizei ein störungsfreier repräsentativer Raum für die medienwirksame Darstellung seiner Placebo-Politik reserviert werden wird. Dieser Art von »Protest« wird die Polizei »demokratisch« und nicht mit Repression begegnen, dient das doch dazu, so etwas in der repräsentativ verfaßten Demokratie völlig rückstandsfrei zu formatieren. Der Staat ist derzeit stark genug, diesen Kritikern eine Spielwiese zur Verfügung zu stellen. Schließlich haben die Grünen doch schon lange vergessen, das wahrer Widerspruch der wäre, die Spielwiesen sofort zu verlassen, nicht sie zu haben.

Für die kommenden Castor-Transporte hat die Fraktionsvorsitzende der Grünen im niedersächsischen Landtag Rebecca Harms mit dem Argument, das die Castor-Tranportbehälter immer noch nicht so ganz richtig zugeschraubt seien, ihre Teilnahme an den Protesten angekündigt. Wir sehen sehr wohl auf der persönlichen Seite, das Rebecca Harms als ehemaliges Gründungsmitglied der Bi-Lüchow-Dannenberg und engagierte Nato-AngriffskriegsbefürworterIn im Kosovo eine wirklich tragische Figur geworden ist. Ihr eigentümlicher Moralismus hat sie einfach politisch dumm werden lassen. Auf der politischen Seite müssen wir sie deshalb dazu auffordern, auf jeden weiteren PR-Termin im Landkreis zu verzichten, bevor sie nicht die in der Bundesrepublik Jugoslawien mit ihrer Befürwortung verschossene Uran-Munition wieder eingesammelt hat. Allen denjenigen Leuten, die Uran-Munition breit streuen, aber glauben Atomtransporte kritisieren zu können, sagen wir: Wir werden uns euch nicht im Weg stellen, sondern wir werden euch den Weg in die Zukunft abschneiden.

Neben diesen politisch formierten Kräften der Anti-Atom-Bewegung werden sich sicher auch tausende von unorganisierten AtomkraftgegnerInnen zu den anstehenden Protesten mobilisieren lassen. Ihre Wut gegenüber der kalten Selbstverständlichkeit, mit der das ökologisch desaströse Atomprogramm profitträchtiger Weise fortgesetzt werden soll, teilen wir. Jeder und jede, die dazu »Nein« sagt, kämpft immer auch ein Stück um seine/ihre eigene bessere Zukunft. Ein Teil der Mobilisierung ist aber in der Begründung an billigen Populismus, d.h. an den Versuch es fast jedem Recht zu machen gebunden, was in der Praxis eine schale Erfolgsorientierung bedeutet. Wir brauchen aber für das, was wir weit über Atomprogramm und Castor-Transporte hinaus wollen, keine nützlichen Anti-AKW-Soldaten. Uns interessieren die Köpfe aller Leute, die wenigstens gegen den Castor für eine bestimmte Zeit bereit sind, aus ihrer normalen Arbeit und ihrem Alltag auszusteigen, um zu rebellieren. Und die Gründe dafür werden in diesen gruseligen Verhältnissen »wie von selbst« in langer, zunächst unzusammenhängend erscheinender Reihe kalt aufgetürmt: Abkehr von der paritätisch finanzierten Rente, Krisenmanagement durch Kriegsfähigkeit »für Menschenrechte«, Verdoppelung der Rüstungsexporte, Antirassismus-NGO´s, Flughafenknast und mehr Green-Card-Leistungsrassismus, nationale Veranwortungsgemeinschaften und so weiter und sofort. Die Aufgabe besteht nun darin, auch das im tätigen Widerspruch genau umzuwenden. Denn dann bedeutet Widerstand sich nicht nur als bloßes Objekt dem Castor in den Weg zu stellen. Selbstbestimmung und Selbstorganisation werden beim Fragen, streiten und vorwärts gehen gelernt, gemacht und ausgehandelt. Darin erübrigen sich Anpassung, autoritäre Unterwerfung und kalte Machtansprüche. Dabei heißt für uns Glück und Befreiung, den Streit zu organisieren und auch »unter uns« leidenschaftlich, manchmal auch erbittert darum zu ringen, wie ein besseres Anders aussehen kann, ohne uns in billigen Diskussionsabbrüchen einzurichten.

Statt perspektivloser »Praxis« - Konflikte führen und die Gesellschaft verändern!

Auch wenn wir unsere Widerstände organisieren werden »wie die Teufel«, lehnen wir es als radikale KritikerInnen der Verhältnisse ab, es als einen Erfolg zu betrachten, daß uns die Gegenseite unter Umständen in der Frage der Castor-Transporte vielleicht Zugeständnisse zu machen bereit ist. Natürlich ist es richtig, vieles dafür zu unternehmen, mit dem Stopp aller Castortransporte einen wesentlichen Schritt in Richtung auf die sofortige und endgültige Stillegung aller Atomanlagen auf der Welt zu unternehmen. Und angesichts der anhaltend erfolgreich betriebenen Europäisierung der Atomwirtschaft kann die Beendigung von Castor-Transporten durch die BRD oder die Aufgabe eines Endlagers in Gorleben durchaus im Kalkül der Betreiber liegen. Wem das aber reicht ..., bitte schön! Denn wer die Gesellschaft wirklich verändern will, der oder die denkt sich noch etwas ganz anderes (aus). Und in diesem Zusammenhang bedeutet der Kampf um Glück und Befreiung, die Konflikte auch an den Themen und Orten zu führen, wenn sie weder erwünscht, unmittelbar aussichtsreich noch vorgesehen sind. Wer bereit ist, sich bei diesem Gedanken etwas zu denken, wird merken, das er oder sie eine Perspektive beschreibt, die erstens eine wahrhaft internationalistische ist, und zweitens auch dadurch weit über die Ablehnung der Atomkraftnutzung hinaus reicht.

Die Widerstände von Gorleben als eine Möglichkeit für einen »sozialen Ort« und unsere eigene Geschichte darin

Wir können die Region Wendland als einen Ort verstehen, der vielfältige Möglichkeiten bietet. Immer wieder wurde hier für Momente die Ablehnung der herrschenden Verhältnisse praktisch zum Ausdruck gebracht. Hier existiert eine hohe Bereitschaft, den staatlich verordneten

Rahmen, in denen sich die Proteste zu artikulieren haben, zu verlassen. Durch 25 Jahre lange Proteste und Widerstände ist in der Region Wendland immer auch »der Traum von einer Sache« gelebt worden, der aus jahrelangen persönlichen Erfahrungen und Beziehungen, aus der Kombination von campen und kämpfen und einem zuweilen nicht immer reflektierten Verhältnis zur »wendländischen Bevölkerung an sich« bestand. Das so zu sagen redet nicht einer unreflektierten »Natur« oder »Heimat«-Romatik das Wort. Wir propagieren auch keinen sozialen Ort Gorleben an dem man prima Urlaub machen oder sich niederlassen kann. Aber wir wissen genau, das ein sozialer Ort gegen die kalten kapitalistischen Verhältnisse im Handeln, durch Bewegung entsteht, wenn sich alle bewegen und die dafür notwendige Reibungsenergie produzieren. Und das ist immer auch eine phantastische Durchgangsstation für ganz etwas anderes, für etwas besseres als die Nation und das Kapital. Dafür werden wir selbstverständlich unsere eigenen Strukturen organisieren, um politisch nach außen wie nach innen sichtbar zu sein. Das von uns während des geplanten Castor-Transportes organisierte Camp soll dabei überhaupt kein Identitätsprojekt, sondern vielmehr ein Experimentierfeld zum andocken sein; eine infrastrukturelle Nische zur Vorbereitung handgreiflicher Einsprüche und aberwitziger Provokationen, aber auch »Knotenpunkt«, an dem wir alle Streit-Erfahrungen machen werden. Dafür brauchen wir aber noch jede Menge praktischer, finanzieller, politischer und logistischer Unterstützung.

Praktisches und Organisatorisches

Nichts desto trotz wissen wir, daß wir in der Praxis der kommenden Proteste und Widerstände gegen die anrollende Castorlawine auf jeden und jede, die sich dagegen auf die Straße stellt, angewiesen sein werden. Deswegen wird es von uns auch selbstverständlich eine organisatorische Kooperation mit allen Gruppen und Kräften geben, die zwar unseren Kampf nach Gesellschaftsveränderung entweder nicht wollen oder gar nicht erst verstehen, jedoch die Forderung nach einer sofortigen Stillegung aller Atomanlagen auf der Welt teilen. So haben wir dann auch mit unserer Struktur in einem ganz handlungspraktischen Sinne auch nicht die geringsten Probleme damit, uns nachfolgend dem von der Bi-Lüchow-Dannenberg unter dem entscheidenden Stichwort »Gemeinsames Vorgehen! angebotenen Aktionsplan anzuschließen:

»Kommt zu den Treffen, informiert euch, entwickelt Ideen und Pläne und macht Euch fit für eine widerständige Zeit! Das Vorfeld ist wichtig: den Castor verhindern, das geht immer noch am besten bevor er losfährt. (...) Infoveranstaltungen, Treffen, Straßenverschönerungen, Bahnhofs-Missionen, phantasievolle Aktionen vor Ort können die (Fahr-)Pläne der Gegenseite stören. All das soll deutlich machen, daß mit richtig Ärger zu rechnen ist, wenn die Transporte wieder rollen. Tag X fängt nicht erst an, wenn irgendwo die Behälter zu sehen sind: schon am Wochenende vor dem Transport versammeln wir uns zum Auftakt. Damit beginnen die X-Aktivitäten der verschiedenen Arten an der Strecke, wo immer sie frei ist.

Das Wendland ist größer als der Landkreis: Wir warten nicht vor dem Verladekram, sondern gehen dem Castor entgegen. Auftakt-Kundgebung ist in Lüneburg. Camps und Versammlungsorte wird es längs der gesamten Strecke Lüneburg-Gorleben geben. Die Transportstrecke besteht nur zum kleinsten Teil aus Straße. Das Castor-Gleis ist 56 Kilometer lang, die Straße 18 km. Der Gleis-Strecke von Lüneburg nach Dannenberg gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Davor liegt ein weites Feld. Einfallsreichtum für Aktionen ist gefragt. Aus der Vielfalt soll Ergänzung entstehen, keinen gegenseitige Behinderung. Nicht wo die meiste Polizei ist, ist es am schönsten.«

*** Verwandeln wir den absurden Atomkonsens in ein lautes NEIN gegen die Verhältnisse!**

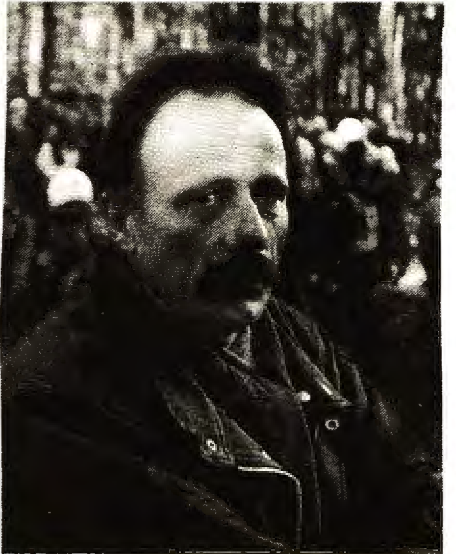
*** Konflikte für eine bessere Welt überall führen, nicht abbrechen!**

*** Für einen Aufstand der Unanständigen!**
*** Alle Castor-Transporte aus den Schienen heben und die Verhältnisse aufrollen!**

*** Für die Stillegung der herrschenden Klasse**

*** Energisch gegen den Normalzustand!**

Autonome UnruhestifterInnen



CASTOR TERMINE

03. März auf 04. März: Für alle offene X-Tausend Aktion „Eine Nacht im Gleisbett" bei Hitzacker/Wendland

17. März: Dezentrale Aktionen und Demonstrationen in Städten und Regionen bei Bahnhöfen und woanders

23. bis zur Aufgabe des Castortransportes: HH/HB/LU Camp in Tollendorf

X-Minus-Phase

24. März: ab 10 oder 12 Uhr: Sterndemos und grosse gemeinsame Auftaktkundgebung in Lüneburg; anschließend in die Camps entlang der Castorstrecke. Busse aus HH ab Sternschanze 10 Uhr, Karten unter 4225203

25. März: Campen und Kämpfen; Stunkparade der bäuerlichen Notgemeinschaft, geplant von Gorleben nach Hitzacker (Änderungen vorbehalten)
Offensive Biotoperkundung der Schienencamps von Dahlenberg und unterwegs auch nach Hitzacker oder nur zur Umgebungsbesichtigung

26. März: Tag der Bahnübergänge – allgemeine Besichtigung und Querung der Bahnüber- und Unterführungen zwischen Lüneburg und Dannenberg sowie allgemein buntes Treiben etc. entlang der gesamten Transportroute.

TAG X

27. März und 28. März: Zwischen Lüneburg und Gorleben liegen über 50 km Schienentransportstrecke und knapp 20 km Strassenroute – davor ein weites Feld. Anlaufpunkte für offene Aktionen auf den Camps in Nahrendorf, Govelil n, Tollendorf, Hitzacker und Gusborn. Infopunkte und Sammelpunkte in Dahlenberg (Infowiese) und Dannenberg (Essowiese). Anlaufpunkt für x – 1000 Camp Wendisch Evern.

INFOS:

Internet: www.nadir.org/castor;
www.bi-luechow-dannenberg.de;
www.oneworld.de/castor;
www.x1000malquer.de

Infotelefon:
05841/709282
AntiAtomGruppe SAND: 040/3909222
EA Gorleben: 05849 – 971030
Infos und Material: Büro der BI Lüchow-Dannenberg, Drawehner Str. 3, 29439 Lüchow, Tel. 05841/4684; e-Mail: BI-Luechow@t-online.de



Nicht alles Private ist politisch

Was hat die Hamburger autonome Szene mit der LeserInnenschaft der MoPo gemein? Sieht man einmal davon ab, dass der in der Frage konstruierte Gegensatz nicht existiert, da ein großer Teil der Hamburger autonomen Szene die MoPo regelmäßig liest, interessieren sich beide Gruppen vor allem für Sex und Verbrechen. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden, weil ersteres sehr angenehm sein kann und letzteres in den Verhältnissen bürgerlicher Rechtsprechung oft notwendig ist. Problematisch wird es nur, wenn sich dieses Interesse sich erstens als politisches geriert und zweitens darüber die Politik aus den Augen verliert. Die Rede ist hier natürlich von den Ereignissen in einer Wohngemeinschaft im Kleinen Schäferkamp, über die in der letzten Ausgabe der Zeck berichtet worden ist. Zwei ehemalige Bewohnerinnen des Wohnprojekts schildern dort ihre Sicht des Ablaufs eines Konflikts zwischen zwei Gruppen (soweit ich das dem Artikel entnehmen kann, handelt es sich bei beiden Gruppen sowohl um Männer als auch um Frauen), von denen ein Teil ehemals zusammen in dem Wohnprojekt wohnte. Selbst Teil der einen Gruppe, werfen sie der anderen Gruppe im Verlauf des Artikels mehrere Verbrechen vor (Beleidigung; teilweise mit sexistischem Charakter, versuchte und ausgeführte Körperverletzung, Sachbeschädigung und Betrug) und etwas verklausulierter wird eingeräumt, selbst auch nicht gerade zimperlich vorgegangen zu sein. Und offensichtlich sind beide Seiten inzwischen dabei, einen Teil dieser Verbrechen mit dem in dieser Gesellschaft dafür vorgesehenen Instrumentarium der Gerichte»aufzuklären«. Am Ende fordern die Autorinnen die LeserInnen dazu auf, sich einzumischen und sie zu Unterstützen. Weiterhin fordern sie die Umsetzung eines Kompromisses, dessen Kompromisscharakter mir allerdings auch beim mehrmaligen Lesen des Artikels nicht deutlich wurde, da er ausschließlich Forderungen an die Gegenseite enthält.

Wie ihr seht, habe auch ich den Artikel aufmerksam gelesen, und will mich auch gar nicht aus dem vorne festgestellten allgemeinen Interesse für Sex and Crime ausnehmen. Und zuerst habe ich mich auch sehr darüber gefreut, dass die Zeck jetzt endlich die lang erwarteten Gesellschaftsseiten eingeführt hat. Der Kommentar eines Teil der Zeck-Redaktion spricht allerdings dafür, dass dieser erste Eindruck täuscht. Ein Teil der Redaktion hat dort den Abdruck des Artikels gerechtfertigt und den Frauen ihre Solidarität ausgesprochen, weil »die Männer und ihre UnterstützerInnen ... eindeutig sexistisches Verhalten« an den Tag gelegt hätten, »um die Frauen mundtot zu machen, die sie bereits vorher des Sexismus und Mackertums beschuldigt haben«.

Ich denke, dieser Artikel sowie die erste darauf folgende schriftliche Reaktion in Form eines Flugblattes, das in den einschlägigen Szeneläden verteilt worden ist und in dem der Zeck Entsolidarisierung mit den Frauen vorgeworfen wurde, und die überall zu hörenden Diskussionen um den Artikel verweisen exemplarisch auf den bedauernswerten Zustand der politischen Auseinandersetzung in der Hamburger autonomen Szene. Während Artikel zu Perspektiven antifaschistischer Politik, zur »Aufarbeitung« der Geschichte der Revolutionären Zellen durch die Bundesanwaltschaft, zum Anti-Globalisierungs- und Anti-AKW-Protest und sogar zur Vertragsdiskussion in der Flora praktisch ohne Reaktion verhallen, werden die privaten Auseinandersetzungen ehemaliger Wohngemeinschaften breit diskutiert. Und ich sage hier »private Auseinander-

Fortsetzung S. 22

Stellungnahme der Zeck

Die letzte Ausgabe der ZECK war gerade mal einige Tage auf dem Markt, da erschien ein wütendes Flugblatt »einiger autonomer aus hamburg + umland«, in dem dazu aufgerufen wird, die Februar-Ausgabe demonstrativ zu »zensieren«. Begründet wird diese Aufforderung mit der »meinungsmachenden Arroganz«, mit der die Redaktion den Brief zweier ehemaliger Bewohnerinnen des KSK »diffamiert« habe.

Dazu wollen wir Stellung beziehen:
Erstens mit einer Entschuldigung für die allerdings arrogante und meinungsmachende Gesamtpräsentation des Briefes der beiden Frauen. Auch wir haben uns im Nachhinein untereinander ziemlich darüber gefetzt, wie solche kleinen Spitzen wie im Vorwort und im Lay Out Einzug finden können, obwohl Redaktionskompromiß war, den Kommentar im Kasten als Äußerungen nur einiger von uns abzudrucken. Die Nicht-UnterzeichnerInnen, wollten weder den Brief, noch den Kommentar abdrucken.
Zweitens jedoch finden die SchreiberInnen des ebenfalls kritisierten Kommentares ihre kritischen Anmerkungen zum Brief der beiden Frauen noch immer richtig und nicht unsolidarisch. Wir lassen es uns nicht nehmen - eben ob unserer Verantwortung als Zeitungsprojekt - Beiträge zu sensiblen Themen danach zu überprüfen, ob wir sie einer konstruktiven Auseinandersetzung dienlich finden. Wir fanden und finden dies nicht, wollten aber trotzdem unsere Solidarität und Unterstützung für die beiden Frauen kundtun. Deren Forderung an uns war die Öffentlichmachung ihres Briefes in der ZECK und die Verurteilung der sexistischen Beleidigungen und Bedrohungen einiger Personen aus dem KSK-Vorderhaus. Diese Forderung haben wir erfüllt: wir haben ihren Brief abgedruckt und wir haben eine deutliche Positionierung mit der Verurteilung des sexistischen Verhaltens der Männer in dem Kommentar abgegeben. Liebe KritikerInnen: wenn ihr euch in eurer (berechtigten) Wut über die platten Spitzen im Lay Out noch etwas Objektivität hättet bewahren können, hättet ihr die eindeutige Positionierung für die beiden Frauen nicht einfach so überlesen können.
Wir stehen nun vor der Situation, daß genau das eingetreten ist, was wir befürchtet haben: jede/r giftet jede/r an, der/die wie auch immer sich zu der Thematik öffentlich äußert (sog. Schlammschschlacht). Das wollten wir nun gerade nicht, sehen jedoch auch unsere Verantwortung in der laxen Handhabung dummer Sprüche und Bilder dazu. Diese waren und sind nicht im Redaktionskonsens entstanden und werden im Nachhinein von allen aus der Redaktion als Fehler eingestanden.
Wir hoffen, daß die Entschuldigung dafür gehört wird und weitere kritische Anmerkungen zu der Thematik auf einer Ebene laufen, die von uns nicht verlangt, mit unserer Meinung hinter`m Berg zu halten. Als Verantwortliche für ein Zeitungsprojekt sehen wir unsere Aufgabe nämlich genau darin, Informationen und Diskussionsbeiträge zu sichten, zu besprechen und eben dann zu veröffentlichen, wenn die Beiträge unserer Meinung nach konstruktiv sind. Da wir nicht immer alle einer Meinung sind, und es eben auch Situationen wie diese gibt, wo unsere Solidarität durch Abdruck eines Textes angefragt wird, den wir eigentlich nicht für sonderlich weiterführend halten, müssen wir Kompromisse finden. In diesen Fällen kommentieren wir diese Texte mit unserer Kritik daran und einer Begründung dafür, sie trotzdem abzudrucken. Diese Handhabung werden wir auch weiterhin beibehalten, jedoch in Zukunft verantwortlicher mit Lay Out und sonstiger Präsentation und Einleitung solcher Texte umgehen.

Die Red.

Anmerkungen zur Februarausgabe der „zeck"

In der Februarausgabe der „zeck" erschien ein Brief von zwei ehemaligen Bewohnerinnen der KSK-Vorderhaus-Frauenetage. Sie beschrieben dort, wie ein Konflikt im KSK zu ihrem Auszug führte, bzw. aus ihrer Sicht abgelaufen ist und noch anhält. Nun hat sich die zeck-Redaktion erlaubt, diesen Brief in Kommentaren auf Seite 2 und direkt auf der Artikelseite als „Klatsch" und unpolitischen Beitrag, der der Konkfliktlösung nicht dienlich sei, zu diffamieren. Auch im „Kastenbeitrag" der BefürworterInnen der Veröffentlichung" wird bemängelt, dass die „politische Einordnung und Psitionierung nur oberflächlich behandelt" werde.
Wir finden das völlig unangemessen und arrogant, denn aus dem Brief der Frauen geht eindeutig hervor, dass wesentliche Aspekt, die zum Konflikt führten, das sexistische Verhalten einiger Bewohner sowie der Austausch der ehemaligen Bewohnerinnen über sexistische Bedrängnissituationen seitens der Männer im KSK-Vorderhaus waren. Nachdem die KSK-Vorderhausmänner von diesem Gespräch erfuhren, antworteten sie darauf nämlich mit eindeutig sexistischen und chauvinistischen Verhalten:
Die Grenzen der Frauen-WG wurden ignoriert, selbstgefällig wurden die Frauen als „Votzen" diffamiert, und die Verantwortung für sexistisches Verahlten der Männer an die betroffene Frau delegiert. So spricht der Brief der Frauen unseres Erachtens für sich und darf nicht lapidar als unpolitisch bezeichnet werden!
Angebliche stilistische Mängel und leichte Missverständlichkeiten im Brief ändern auch nichts daran. Darüber arrogant die Nase zu rümpfen, wie es wohl einige aus der Redaktion der selbsternannten „politischen" Zeitung tun, finden wir zum kotzen !!!
Vor allem, da dieser Brief ein Hilferuf der Frauen an alle in dieser Szene ist, für die antisexistisches Selbstverständnis nicht nur eine Phrase ist. Diese Bitte um Solidarität zu übergehen und arrogant abzutun, hat sicherlich u.a. seine Ursache darin, dass die Frauen in dieser Szene nicht verwurzelt sind und ihnen eine Art Lobby fehlt. Funktioniert so diese Szene ?
Auch sollte die „politische Einordnung und Positionierung" von selbst erfolgen, und zwar von jedem/jeder, der /die diesen Brief liest. Wer Sexismus nicht als Privatsache begreift, müsste doch in der Lage sein zu sehen, dass der Konflikt im KSK von Anfang an nicht zum Bereich des „Privaten" gehört. Daran ändern auch inhaltlich verurteilenswerte Sprühereien beim Auszug der Frauen nichts. Denn Anlass für den Konflikt war nun mal das sexistische Verhalten der Männer und kein Streit um den Abwasch, wie dem Brief der Frauen deutlich zu entnehmen ist.
Die „zeck" hat als szeneweite Postille eine gewisse Verantwortung für die Veröffentlichung bestimmter Themen. Mit ihren Kommentaren greift sie meinungsmachend in diesen Konflikt ein, und zwar in unverantwortlicher und kontraproduktiver Weise für die Umsetzung linker Politik.
Wir sind eine gemischte politisch aktive Gruppe in dieser Szene. Bisher haben wir in diesen Konflikt nicht eingegriffen, vor allem da wir bis zum Auszug der Frauen nicht viel davon mitbekommen hatten. Nach dem Auszug waren wir immer wieder mit Gerüchten um den Konflikt konfrontiert und ebenso mit sehr unlesbaren Pamphleten der KSK-Vorderhaus-Männer, in denen tatsächlich nur private schmutzige Wäsche gewaschen wurde.
Weitesgehend dominiert wurde die Diskussion um den Konflikt ja auch durch die Weigerung eine KSK-Bewohner – in seiner Funktion als Bauunternehmer – einem seiner Angestellten seinen Lohn auszuzahlen, weil er beim Auszug der Frauen mitgeholfen hatte.
Daher begrüssen und unterstützen wir, dass sich die ehemaligen KSK.Vorderhausfrauen endlich selbst zu Wort melden, und öffentlich Stellung zu den Ereignissen beziehen !!!

Wir fordern nun alle VerteilerInnen/Ausle-gerInnen der „zeck" auf, die Kommentare der Redaktion demonstrativ zu „zensieren" un jeder Ausgabe einen Hinweis, ein solidarisches Flugi oder einfach dieses Schreiben beizufügen !!
Solidarität mit denen, die immer noch unter Attacken der KSK-Vorderhausmänner zu leiden haben !!
Unterstützt mit uns die Forderungen der Frauen, so wie sie in ihrem Brief gestellt werden !!!

einige autonome aus Hamburg + Umland

Entgegnung von Frauen und Männern aus dem KSK-Voderhaus

Wir hatten eigentlich bewußt vor, den WG Streit intern mit einem Kompromiß in der Frage des immensen Schadens, den die ausgezogenen Frauen mit ihren Helfern angerichtet haben, lösen zu wollen. Statt dessen schaltet sich nun auch die ZECK „im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Zeitungsprojekt" in die Schlammschlacht ein und hat mit 50 % Wissen sogleich 100 % Position. Da sind dann unter der Verwendung der schnell und inflationär verwendeten Begriffe wie „mundtot machen", „Mackertum", „Sexismus", „Einschüchtern" in Windeseile die Schuldigen gefunden.

Allerdings entspricht das einseitige deklarieren der Opferrolle und der Anspruch in diesem Konflikt die alleinige Wahrheit zu besitzen, trotzdem nicht dem, was passiert ist. Das von den Umzugsleuten daraus abgeleitete Recht zwei Stockwerke im KSK-Vorderhaus zu verwüsten, Sachen zu stehlen (gesprühte Parole: „Wenn ihr die Sachen haben wollt, holt sie euch doch") und die Miete schuldig zu bleiben hat dabei jegliche Form von Streitkultur weit überschritten. Die Renovierung dauerte mehrere Wochen, der Sachschaden betrug etliche 1000 Mark.

Das nach dem Anblick dieses Trümmerfeldes deutlichste Worte gefallen sind ist die logische Konsequenz aus diesem Angriff gewesen.

Wer dies nun als „eindeutiges sexistisches Verhalten" (ZECK) und unsere Reaktion als „Bedrohungen" und „Übergriffe" sieht, meint zwar, das Monopol der Wahrheit zu besitzen, mit Realität hat das aber nichts zu tun. Das wird auch dadurch nicht besser, wenn unsere oder andere internen Stellungnahmen zu diesem Konflikt von den „Zwei umgezogenen Frauen" per se als „Diffamierungen" und „Tatsachenverdrehungen" angesehen werden – bevor sie dann in der Regel der Justiz übergeben werden (dazu später noch mehr).

Wie es in einem Konflikt so ist, können wir nun zu jedem einzelnen Punkt des Briefes der umgezogenen Frauen in der ZECK stundenlang Stellung nehmen. Des weiteren können dann alle, die vom Streit mitbekommen haben ihre Sicht schildern und danach melden sich dann noch die, die davon gelesen haben. Dann führen wir den Streit in einigen unserer Zeitungen ein paar Monate und das Ergebnis steht schon jetzt wieder fest:

Die Szene spaltet sich fröhlich weiter, überall werden Leute ausgemacht, „die auf der anderen Seite der Barrikade stehen" und eine inhaltliche Klärung gibt es trotzdem nicht.

Wenn wir hier trotzdem einiges zu den Vorwürfen der Frauen sagen, geschieht das, weil wir den Brief in der ZECK und den daraus resultierenden Gerüchten wenigstens einmal begegnen wollen.

Die Darstellung des Konflikts als kollektiven Angriff der Vorderhausmänner und der zwei „kollaborierenden" Frauen auf *den* Frauenraum ist kompletter Blödsinn. Es ist hier noch mal mit aller Deutlichkeit zu sagen, dass wir Frauen im KSK als eigenständige, selbst denkende und vor allem gleichberechtigte Menschen zu sehen sind. Wir stellen auch fest, dass wir nicht unter die Gruppe der „UnterstützerInnen der Männer" fallen. Wir wollen auch unterstreichen, dass wir nicht je nach Argumentationsmuster benutzt werden wollen; manchmal „unsolidarisch", manchmal kommen wir gar nicht vor.

Ursache des Konflikts war das, was in jeder Beziehung, in jeder WG, in jedem Projekt ständig vorkommt:

Leute können nicht mehr miteinander. In unserem Fall hatten von 10 VorderhausbewohnerInnen (6 Typen, 4 Frauen) 8 Schwierigkeiten bis keinen Bock mehr auf eine Frau. Auch im gesamten Haus wurde sie als von unangenehm, egal bis unfreundlich empfunden. Einigen war das Thema aber trotzdem nicht so wichtig, andere empfanden es bereits als unerträglich. Mehrere Frauen zogen bereits u.a. wegen ihr aus, 2 weitere zogen das in Erwägung. Bei dieser Konstellation finden wir es auch heute noch normal, wenn nicht das gesamte Vorderhaus auszieht, sondern Veränderung und (nach fruchtlosem Streit) der Auszug derjenigen ansteht, mit der sich fast alle kein weiteres Zusammenleben vorstellen können.

Ein „sexistisches" Verhalten von den Vorderhausmännern gegenüber der Frau, die zum ersten mal in Deutschland war, was zu einer „Männerhierarchie" geführt haben soll (wie auch immer das gemeint sein sollte), hat so nie stattgefunden. Um es mal einfach zu sagen: Drei Männer hatten gar nichts mit Ihr zu tun, zwei hatten in unterschiedlichen Situationen Interesse und die Frau in einer Situation an Einem. Aus allem wurde nichts. Danach gab es auch kein „Plenum über ihr sexuelles Leben". Natürlich gab es aber die üblichen Gespräche über wer mit wem, warum dann doch nicht, wie und wer das wie sieht – als Einzelgespräche. Alles jedoch im – wie wir meinen – korrekten Rahmen. Zudem ist dieser Vorwurf, der immer wieder von zwei der drei ausgezogenen Frauen nach belieben ins Feld geführt wird, zweimal von der betreffenden Frau dementiert worden. Sie hat den Vorwurf auf einem Plenum und in einem klärenden Zweiergespräch, das auf eigenen Wunsch einer Frau aus dem Hinterhaus geführt wurde verneint und ausdrücklich hinzugefügt, dass dies eine Interpretation der beiden anderen ausgezogenen Frauen ist! Vielleicht wäre es möglich, dass alle an diesem Streit Beteiligten, sowie die, die ihre Meinung dazu äußern, diese Aussage akzeptieren und als das werten, was es ist: Die Verneinung einer sexuellen Grenzüberschreitung der Frau!

Der Vorwurf von „Verrat" und „Entsolidarisierung" an Eine von uns ist eine schlimme Diffamierung! Eine Umzugsfrau erzählte ihr in einem Streitgespräch über Haushaltsführung ganz unvermittelt von einem Erlebnis vor drei Jahren mit einem Vorderhausmann, dass sie damals als Überschreitung von Grenzen wertete. Nun hatte unsere Mitbewohnerin die Wahl, dieses für sich zu behalten oder den Mann damit zu konfrontieren und möglicherweise zu klären. Sie entschied sich für Letzteres, weil sie ja schließlich mit ihm zusammenwohnt. Wir wissen nicht wieso sich hier die Frechheit herausgenommen wird, die eine Entscheidung als einzig wahre und richtige Entscheidung für Frauen anzusehen und das andere mit schlimmen Worten wie „Verrat" zu betiteln. Aber genau so etwas ist es, warum viele die eine Umzugsfrau nicht mochten: ihre Meinung hatte immer entscheidend zu sein; alles andere ist falsch, Majestätsbeleidigung – wahlweise sexistisch.

Beim Auszug wurden diese Meinungen für uns dann auch noch mal bestätigt. Die Beschimpfungen der verbleibenden zwei Frauen war widerlich. Sie wurden inhaltlich in riesigen Parolen quasi als Prostituierte der Männer dargestellt („jetzt hast du die Männer für dich allein", »Miau-Muschi" u.a.).

In Streitereien nach den Verwüstungen kamen wir Schäferkampfrauen dann teilweise gar nicht mehr vor. Unsere Meinung paßte eben nicht in`s Bild vom „Männerangriff auf Frauenraum".

In das Bild der „Ehrverletzung" würden wir eher eine Aktion der umgezogenen Frauen packen: Über einen bei uns lebenden Mann, der von Geburt an nur einen halben Arm hat, wurde ein Arm an die Wand gesprüht mit dem Kommentar „Ersatzteil". Wir wollten von uns aus solche Ausbrüche eigentlich gar nicht groß auf die Waagschale werfen. Nun aber da jede Äußerung unsererseits als per se „gewalttätig" „auch von der „gut" informierten

ZECK) betitelt wird, dazu nur dies: Es ist nicht witzig, einem Menschen seine Behinderung in einem Graffiti zu verdeutlichen und ihn aufzufordern das selbst zu überstreichen. Das Ganze auch noch – wie geschehen – ein, zwei Tage vor der Aktion auf dem Malblock zu üben und zu diskutieren, macht die Sache nur noch schlimmer, weil berechnet. Diese Sprüche dann auf dem Flora –Treffen auf die Umzugshelfer zu schieben ist peinlich und eine Frechheit.

Zum Mann der die Frauenetage nicht verlassen wollte nur kurz soviel: er kam hoch um sich zu beschweren, weil seine Freundin aus Ubersee, die ihn nach Monaten für ein paar Tage besucht hatte, von einer Umzugsfrau mit den Worten „Woman come here! You can`t stay here!" rüde aus dem Zimmer geschmissen wurde. Obwohl ihr dieses Zimmer von einer KSK Frau für ein paar Tage überlassen wurde. Dies wurde und wird auch weiterhin in unserem Zusammenleben praktiziert und sollte auch nicht geändert werden, weil es damals einer der ausgezogenen Frauen nicht in den Kram paßte.

Wir empfanden dieses Verhalten als empörend und beschämend gegenüber einem Gast, die mit der ganzen Sache nicht das geringste zu tun hatte.

Auf Initiative und Drängen des KSK-Vorderhauses wurde das Geld, was ein Umzügler noch in Rechnung hätte stellen können, in einer Abtretung von der Firma an den KSK als erste Schadenstilgung gezahlt. Es wurden ihm und der Umzugsgruppe vorher und nachher etwa ein Dutzend Angebote gemacht, das zu diskutieren. Unsere Position war (und ist) zunächst die, dass das Sache der gesamten Umzugsgruppe ist. Wer zusammen zerstören kann, klärt auch diese Frage zusammen.

Der betreffende Mann bzw. die Gruppe hat dann aber jegliche Grundsätze von inneren Konfliktführung weit überschritten. Es wurden alle Gesprächsangebote überheblich ausgeschlagen und die Sache der Justiz übergeben (mit dem Kommentar „das geht jetzt seinen normalen Gang"). Nicht genug damit, wurden Schreiben von uns ebenfalls der Justiz übergeben. Ein Schreiben, in dem sich die zwei eigentlich unbeteiligten weiteren Chefs der Firma dazu erklären, führte gar zu einer Unterlassungsklage wegen „dem Tatbestand der Beleidigung" („schlimmes Großmaul").

Wir erwarten von einer linken Szene an diesem Punkt eigentlich eine klare Haltung. Oder werden demnächst unsere Streitereien vor der Justiz ausgetragen?

Die Firma und wir, in unserem letzten Schreiben an die Umzugsgruppe, haben jedenfalls mehrmals gebeten und verlangt, diesen juristischen Streit zu beenden. Da wir als Antwort nur weitere Anwalts- und Gerichtspost bekamen, haben wir uns entscheiden müssen, diesen Weg nun unsererseits juristisch zu begegnen. Auf diesem Wege sagen wir noch einmal deutlich: Es liegt an der Umzugsgruppe, ihre Klagen zu beenden. – einen Sieger darin wird es nicht geben. Einen alleinigen Verlierer KSK allerdings auch nicht.

Des weiteren provoziert der am Konflikt beteiligte Mann ständig am Konflikt beteiligte Menschen. Vor einer Frau, die im KSK verkehrt, baute er sich in der Flora drohend auf. Bei einer weiteren Provokation, hat er sich nicht so überlegen gefühlt und macht sich sogleich zum Opfer („in einer Kneipe körperlich angegriffen").

In diesem Konflikt handelt es sich um einen WG-Streit mit tausend verschiedenen Meinungen zu Dutzenden von Vorkommnissen. Weder haben sich die einen noch die anderen immer korrekt verhalten. Diesen Konflikt jetzt aber einseitig in „Sexisten" (und ihren weiblichen Helferinnen) und arme Opfer einzuteilen, ist so absurd wie falsch.

Wir sehen keinen Kompromiß in dem, was die Umzugsfrauen fordern. Zu fordern, dass der KSK den Schaden, den sie angerichtet haben, selbst trägt, ist ein schlechter Scherz. Ebenso die Darstellung lediglich die Männer haben diesen Vorschlag abgelehnt. Wir haben ihn gemeinsam abgelehnt und unseren Vorschlag eines Kompromisses, der dafür von der Umzugsfrau bestimmten Frau am nächsten Tag mitgeteilt. Anstatt sich nun anzunähern kommt als nächstes die Erweiterung der Schlammschlacht über die ZECK.

Ein Kompromiß kann nur über die Mitte kommen und das ist für uns eine angemessene Beteiligung der VerursacherInnen an dem angerichteten Schaden.

Des weiteren trägt die Gruppe alle jetzt schon angefallenen Anwaltskosten, aus dem von ihr eingeschlagenen juristischen Weg.

Ebenso zahlt sie die ausstehende Miete.

Zu der Forderung nach Frauenraum im KSK können wir euch nur auffordern, endlich eure Versuche Stimmung zu machen, zu unterlassen. Es ist kein Frauenraum zerstört worden. Es ist lediglich eine Frau (und eine zweite sowie die dort vorübergehend wohnende Frau) ausgezogen, die dort keiner mehr mochte. Nach wie vor wohnen hier auch Frauen. Es ist auch bekannt, dass die Frauen nach dem Auszug natürlich zu jeder Zeit das alleinige Entscheidungsrecht hatten, zu bestimmen, ob in die oberen Etagen auch in Zukunft nur Frauen einziehen sollen.

Ansonsten halten wir es so, wie wir es sehen: die, die zusammen wohnen, bestimmen wie sie in ihren Räumen zusammen leben wollen.

Wir sehen unsere Forderungen nicht als komplett starr an – den angerichteten Schaden jedoch komplett alleine zu tragen, ist inakzeptabel.

Frauen und Männer vom KSK Vorderhaus

Anmerkung der Redaktion zum Text einiger Menschen aus dem KSK Vorderhaus:

Die Stellungnahme gibt nicht unsere Meinung wieder. Egal aber, ob wir diesen Text abdrucken oder nicht, es wäre so oder so in den Augen aller Beteiligten eine Positionierung. Also möge sich der Text selber positionieren. Auf keinen Fall steht für uns die Solidarität mit den Verfasserinnen des in der letzten Ausgabe veröffentlichten Textes infrage.

Fortsetzung von S. 19

Nicht alles Private ist politisch

setzungen« nicht einfach, um zu provozieren, sondern weil ich beim besten Willen keinen politischen Ansatz in dem veröffentlichten Text ausmachen kann. Unpolitisch und damit privat ist der Text, weil er an keiner Stelle auch nur im Ansatz einen Anspruch auf Verallgemeinerung stellt.

Nach der Lektüre des Textes ist es einer und einem freigestellt, die Beschuldigten für Arschlöcher zu halten. Ob man das tut, hängt wahrscheinlich vor allem davon ab, ob man selbst persönlich andere Beteiligte des Konflikts kennt und welche Geschichten man sonst noch so gehört hat. Da ich die Beteiligten weder kenne, noch über den Text hinaus näher über die Vorgänge in den beschriebenen WGs informiert bin, habe eher den Eindruck gewonnen, dass es wohl besser sein wird, sich aus dem Konflikt möglichst heraus zu halten, auch wenn ich es natürlich grundsätzlich begrüßen würde, wenn die Beteiligten sich in Zukunft weder verprügeln noch verklagen würden.

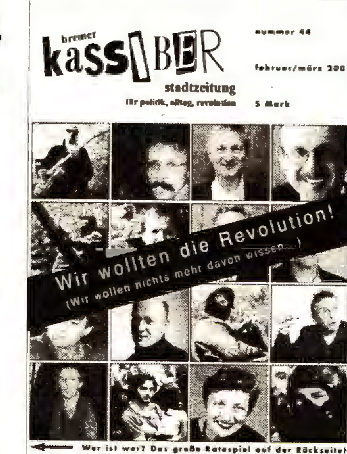
Der Text ist ein schönes Beispiel dafür, dass eben nicht alles Private auch politisch ist, sondern die Politisierung des Privaten immer mit Hilfe einer politischer Argumentationen erfolgen muss. Die Politisierung der persönlichen Erfahrungen nimmt diese Erfahrungen zum Ausgangspunkt um zu zeigen, dass es sich dabei nicht um jeweils individuelle Erlebnisse handelt, sondern um verallgemeinerbare Erfahrungen, die zur Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse dienen können. Der Text »Wegen der männlichen Ehrverletzung« erfüllt keines dieser Kriterien, keine Analyse, keine Verallgemeinerbarkeit und folglich auch keine politischen Handlungsvorschläge, die über die einzelnen Beteiligten hinausgehen. Eine Geschichte wird erzählt und eine Lösung auf der Privaten Ebene vorgeschlagen. Das wird dem Konflikt g gerecht, aber die geneigte Leserin und der geneigte Leser fragen sich nun doch, warum dieser Text in der Autonomenzeitschrift Zeck veröffentlicht worden ist.

F.Dikatz

kassiber 44

(Februar/März 2001)

> Imagebeschmutzung durch die deportation-class-Kampagne: Der Kranich läßt Federn
> Siebdruckgruppe Antiplakativ: Jedes Plakat ein potentieller Störfaktor
> Offene Fragen zur Geschichte und Politik der Revolutionären Zellen
> Israel im Nahostkonflikt
> Die Logik des Antisemitismus
> Eine Gute Tante und ihre Böhsen Onkelz
> Gruppe 2 schnüffelte europäische Linke aus



> Der Prozeß gegen das angebliche RAF-Mitglied Andrea Klump
> u.v.a.m.

60 Seiten für 5 Mark

Abo (5 Ausg.): 30 Mark

kassiber gibt es z.B. in Infoläden oder beim VzVuN, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen, Fax: 0421-75682. Mail: kassiber@brainlift.de

Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!

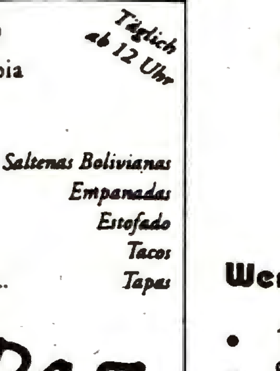
www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/kassiber.htm



Ambiente Latino

Salsa • Merengue • Cumbia
La brisa de los Andes

Täglich ab 12 Uhr



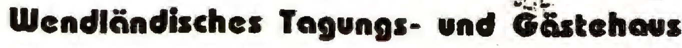
Saltenas Bolivianas
Empanadas
Estofado
Tacos
Tapas

Cocktails z.B.:
Cuba Libre
Caipirinha de cachaca ...

La Paz

Heußweg 49 • Tel 40 98 57 • 20255 Hamburg
U-Bahn Osterstraße - 80 m

Schwarzer Hahn Lensian



- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de



Buchhandlung IM SCHANZENVIERTEL

Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040 / 430 08 08
Fax. 040 / 430 16 37

Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040 / 430 08 88

Montag - Freitag
9.30 - 18.30

Samstag
10.00 - 14.00

c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR

UNTER EINEM ANDEREN STERN

Rundstücken NACH LANGER NACHT

Spätstücken



im FRITZ BAUCH



Meuchefitzer Gasthof Tagungshaus

im Besitz der Belegschaft

Tagungshaus + Kneipe, Restaurant + kl. Bio-Landwirtschaft mit Tieren + 45 Betten, für Gruppen ab 8 Pers. 15 DM + nur Wochenende 20 DM + Kleingruppen u. Einzelpersonen plus 5 DM + Selbst-, Teil- bis Voll- und Vollwert-Verpflegung möglich. Das Haus ist in 3 abgeschlossene Wohnbereiche für 10-12, 20-22 bzw. 13 Pers. mit jeweils eigenen Küchen und Sanitärräumen aufgeteilt.

29482 Meuchefitz
Haus Nr.19
Tel. (05841) 5977
Fax (05841) 6976

Schanzenstern
ÜBERNACHTUNGS- UND GASTHAUS
Bartelsstraße 12
20357 Hamburg
Tel.: 040 / 432 90 409
Fax: 040 / 439 34 13
http://www.schanzenstern.de

RESTAURANT / CAFE

überwiegend mit Produkten aus ökologischem Anbau

Fleisch und Wurst ausschließlich vom Bioland-Hof

Hausgemachte Vollwertkuchen

täglich wechselnd Mittagstisch - Abendkarte
Sonntags Frühstücksbüffet kalt / warm

Mo 18.00 - 1.00 Uhr
Di-Sa 10.30 - 1.00 Uhr
So 11.00 - 1.00 Uhr

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN

ab DM 33,- pro Nacht
Prospekt anfordern

Termine

Leider lagen uns keine Termine der Flora für März 2001 vor! Wir bitten Euch, sich über den FLORA-Veranstaltungsflyer und den Programmankündigungen in Szene, flyer HH etc. zu informieren.
Bleiben drei Termine, die uns direkt erreicht haben:

07. März Lesung Ebermann+Trampert ab 20.00 im Buchladen Schulterblatt. Eine Soliveranstaltung für die Rote Flora! (siehe Kurzmeldungen)

08. März Zur Feier des internationalen Frauen-Lesbentags findet in der Flora-Vokü ein Videoabend mit veganen Kuchen, Videos, Kerzen, Blumen und tollen Frauen-Lesben (nämlich Euch...) statt. Gezeigt werden „Fire" (ind. Spielfilm) und „Desert Hearts" (Spielfilm).
18.00 Uhr, Vokü, nur für Frauen-Lesben!

23.März Solikonzert mit „Meshpokke Nina" (Klezmer), „Kokoschka heroine" (HH) und „you killed me first" (angefragt) und Überraschungsgast aus Berlin. After show mit djanes (fem-coe, fem-punk, fem-classics). Der Erlös kommt Frauen, die von Repression betroffen sind zugute!
21.00 Uhr, Leoncavallo, nur Frauen-Lesben/Trans

Ahoi

Do.,1.	20.00	Klub	A- Team: Punk, Pop
Sa.,3.3.	21.00	Party	Trippy Drop Sounds
Di., 6.	20.00	Kneipe	Rock`n Roll over
Mi., 7.	20.00	Kneipe	Disqualifiziert
Do., 8.	20.00	Klub	DJ Euskadi: Ska, Punk, Skapunk
Fr., 9.	21.00	Party	4. antirassistisches Grenzcamp, Tatort Flughafen FFM, die Party zum Film: Lausitzer Rundschau
Sa., 10.	21.00	Party	Audio Affairs
So., 11.	18.00	Kneipe	Afterworkclub: Toutes Directions
Mi., 14.	20.00	Kneipe	Plattenhören mit dem FC Eintracht
Do., 15.	20.00	Klub	Themenabend: selbstbestimmt !?, Flexibilisierung und Prekarisierung/ Grenzen der Selbstbestimmung in der Lohnarbeit (Gast: Blauer Montag); danach selbst saufen (siehe Beiblatt)
Fr., 16.	21.00	Soli-Party	Benefiz für eine Rote Flora und eine revolutionäre Zukunft: ...You`ll never walk alone!
Sa., 17.	21.00	Kneipe	Klausens Feierabend ohne Kontingente
Di., 20.	20.00	Kneipe	Rock`n Roll over
Mi., 21.	20.00	Kneipe	Klausens Feierabend ohne Kontingente
Do., 22.	20.00	Klub	DJ Bum Bum und Gast: Schweinesysteme
Fr., 23.	21.00	Party	Asi-Pop
Mi., 28.	20.00	Kneipe	Ohne Motto
Do., 29.	20.00	Klub	3 Doppelhaushälften: Das Haus poppen